

Zukunftsforum Politik

Broschürenreihe
herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Nr. 39

Guido Steinberg

Islamismus und islamistischer Terrorismus im Nahen und Mittleren Osten

Ursachen der Anschläge vom 11. September 2001

Sankt Augustin, Februar 2002

ISBN 3-933714-28-1

Redaktionelle Betreuung: Andreas Jacobs, Monika Grade

Inhalt

1.	Einleitung	7
2.	Begriffsabgrenzungen	9
3.	Usama Bin Ladin und die Entwicklung des islamistischen Terrorismus	15
4.	Die Ursachen des Islamismus	19
4.1.	Die Entstehung der islamistischen Ideologien	19
4.2.	Die sozioökonomische Basis islamistischer Bewegungen	23
4.3.	Der Islamismus in der politischen Opposition	32
5.	Bezugspunkte antiwestlicher Positionen im Vorderen Orient	37
5.1.	Die Zusammenarbeit mit dem Westen	37

Download-Publikation

Der Text dieser Datei ist identisch mit der Druckversion der Veröffentlichung. Die Titelseite der Printausgabe beträgt 4 Seiten und wurde in der digitalen Version auf einer Seite zusammengefasst.

1. Einleitung

Die Terroranschläge des 11. September 2001 haben die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf das Problem des islamistischen Terrorismus gelenkt. Seit den frühen 90er Jahren richten sich islamistische Militante vermehrt gegen westliche Ziele und tragen den Kampf nun auch in die Metropolen der westlichen Welt. Mit dem 11. September hat der transnationale islamistische Terrorismus dennoch eine neue Dimension gewonnen: konkrete politische Zielsetzungen sind hier gegenüber dem Versuch in den Hintergrund getreten, eine möglichst große Zahl von unbeteiligten Menschen auf möglichst aufsehenerregende Weise zu töten.¹ Dabei stellt sich heute vor allem die Frage nach den Ursachen der antiwestlichen und vor allem antiamerikanischen Grundhaltung, die im Zuge der Anschläge zum Ausdruck kam. Obwohl die ganz überwiegende Mehrheit der Muslime die Attentate ablehnt, zeigt sich in den Reaktionen auf den 11. September in vielen islamischen Staaten nicht selten eine gewisse Genugtuung und teilweise die Überzeugung, dass es *den Richtigen* getroffen habe.

Die folgenden Überlegungen werden der Frage nachgehen, wie solche Haltungen im islamischen Raum entstehen konnten und inwiefern sie einen Nährboden für terroristische Gewaltakte gegen den Westen bilden. Dabei soll es nicht darum gehen, Verständnis für die Terroristen und ihre mutmaßlichen Hintermänner zu wecken. Bin Ladins Terrornetzwerk *al-Qa'ida* ist primär ein militärisches und polizeiliches Problem. Seine Ideologie, seine Motive und seine Argumente weisen jedoch auf tieferliegende Konflikte in der islamischen Welt und auf ein gestörtes Verhältnis zwischen ihr und dem Westen hin, die ihren konkreten Ausdruck zumeist in

¹ Vgl. Müller, Harald: Den Schock verarbeiten. Nach dem 11. September – Von der Sprache des Terrors zu politischen Handlungsoptionen, in: Standpunkte. Beiträge zum demokratischen Frieden, Nr. 4/2001, S. 1 u. S. 5.

der Bewegung des politischen Islam finden. Die Auseinandersetzung mit diesem Phänomen wird deshalb eine der vordringlichsten Aufgaben westlicher und auch deutscher Politik in den kommenden Jahrzehnten sein.

Diese Auseinandersetzung setzt zunächst eine präzise Begriffsabgrenzung voraus. In einem ersten Schritt sollen im folgenden daher die Begriffe Islam, Islamismus und islamistischer Terrorismus definiert und voneinander abgegrenzt sowie das Konzept des *Westens* problematisiert werden. Ein dritter Abschnitt fasst dann die wichtigsten Informationen zu den Hintergründen der Terroranschläge und zu ihren Urhebern zusammen. Obwohl es schwierig ist, religiös-ideologische, sozioökonomische und politische Faktoren zu trennen und Überschneidungen zu vermeiden, sollen in einem vierten Abschnitt die Ursachen des Islamismus im Vorderen Orient untersucht werden. Dabei werden sowohl die religiös-ideologischen als auch die sozioökonomischen und die politischen Wurzeln des Islamismus berücksichtigt. Da sich islamistische Bewegungen immer noch vorwiegend gegen die eigenen Regime wenden, wird anschließend erläutert, wie antiwestliche Haltungen im islamischen Raum entstehen und welches die wichtigsten Bezugspunkte dieser Positionen sind. Nur so kann erklärt werden, weshalb Angriffe auf amerikanische Ziele unter einigen Muslimen auf Zustimmung stoßen. In einem sechsten Kapitel wird abschließend die Entwicklung des islamistischen Terrorismus, der heute die gewalttätigste Ausdrucksform antiamerikanischer und antiwestlicher Haltungen ist, skizziert.

2. Begriffsabgrenzungen

Weit mehr als eine Milliarde Menschen bekennen sich in einem geographischen Großraum zwischen Marokko und den Philippinen sowie zwischen Zentralasien und Ostafrika zum Islam. Hinzu kommen Millionen Muslime in der Diaspora. In allen Ländern und Regionen des islamischen Raums gibt es islamistische Bewegungen verschiedenster Prägung. Da es sich bei den Attentätern und ihren mutmaßlichen Hintermännern ausschließlich um Araber, in der Mehrheit um Ägypter und Saudi-Araber, handelt, werden sich die nachfolgenden Überlegungen primär auf den Islamismus in der arabischen Welt beschränken – mit einer gewissen Schwerpunktsetzung auf Ägypten und Saudi-Arabien. Wenn im folgenden von der *Region* oder dem *Vorderen Orient* gesprochen wird, sind hiermit die arabischen Staaten sowie der Iran und die Türkei gemeint. Wenn auch Afghanistan und Pakistan eingeschlossen sind, wird dies gesondert angemerkt.

Auch der *Westen* (hier verstanden als die großen westlichen Industrienationen einschließlich Japans) ist ein problematischer Begriff. Vielen Menschen ist klar, wie groß die kulturellen und politischen Unterschiede zwischen den USA und vielen europäischen Staaten sind, auch wenn Theoretiker eines Kampfes der Kulturen gerne die Vorstellung von abgeschlossenen Zivilisationen vertreten. Dennoch sollte man sich darüber im klaren sein, dass viele Muslime (und auch christliche Araber) den Westen sehr gut kennen und deutlich zwischen den USA und Europa bzw. Politik, Kultur und Bevölkerungen unterscheiden.

Wichtig ist aber vor allem eine genaue Abgrenzung der Begriffe *Islam*, *Islamismus* und *islamistischer Terrorismus*. Der Islam ist eine Religion und damit nicht gleichbedeutend mit dem Islamismus, einer politischen

Ideologie.² Zudem sind bei weitem nicht alle Islamisten gewaltbereit, so dass auch zwischen Islamismus und islamistischem Terrorismus unterschieden werden muss. Da der islamistische Terrorismus – wie noch zu zeigen sein wird – aus dem Islamismus entstanden ist, kann diese Trennung allerdings nicht immer strikt eingehalten werden. Sie ist jedoch unabdingbar, will man das Phänomen des Islamismus in all seiner Komplexität verstehen. Islamisten fordern, das gesamte private, öffentliche und damit auch politische Leben müsse durch den Islam geprägt werden. Ihren praktischen Ausdruck findet diese Denkweise heute in ihrer Forderung nach der Einführung der *shari‘a*, die den meisten Islamisten gemein ist. Sie meinen damit eine allumfassende Rechts- und Werteordnung, die unmittelbar auf den Texten der Offenbarung (Koran und Sunna) gründet. Sie verkünden ihre eigene Interpretation des Islam als politisches Programm und die Positionen Andersdenkender setzen sie oft mit Unglauben gleich.³

Es wurde bereits mehrfach betont, dass die überwiegende Mehrheit der Muslime in aller Welt die Gewalttaten islamistischer Terroristen ablehnt.⁴ Viele Muslime befürworten zwar die Forderung nach der Durchsetzung islamischer Werte im gesellschaftlichen Leben, ohne jedoch jahrhundertalte Rechtsnormen auf das moderne Leben anwenden zu wollen. In der öffentlichen Wahrnehmung im Westen stellt sich dies oft anders dar. Gewalt schafft Aufmerksamkeit und spätestens seit der Islamischen Revolution im Iran wird das westliche Bild des Islam und des Vorderen Orients nicht zuletzt durch die Gewalttaten militanter Islamisten geprägt.

² Vgl. Krämer, Gudrun: Der Islam ist die Lösung, in: Berliner Zeitung vom 11. Oktober 2001.

³ Vgl. dies.: Politischer Islam (Studienbrief der Fernuniversität / Gesamthochschule in Hagen) 1994, Kurseinheit 1, S. 44.

⁴ Hinsichtlich des Einsatzes angeblich *legitimer* Gewalt, etwa zur Erlangung nationaler Selbstbestimmung, findet sich im islamischen Raum allerdings relativ breite Zustimmung. Dies gilt insbesondere, wenn man die Haltung vieler Muslime zum israelisch-palästinensischen Konflikt berücksichtigt.

Seinen Niederschlag findet dieses Phänomen zur Zeit in dem gestiegenen Interesse an der Frage, inwieweit Islam und Gewalt zwei Seiten derselben Medaille darstellen oder doch zumindest in welchem Verhältnis beide zueinander stehen. Diese Frage trifft allerdings nicht den Kern des Problems, denn nicht eine Religion ist gewalttätig, sondern allenfalls ihre Anhänger und von denen meist nur eine Minderheit. Dennoch ist es nicht hilfreich, Hinweise auf Gewalt in den Offenbarungstexten zu ignorieren. Nicht nur islamistische Terroristen, sondern auch einige wenige Gelehrte werten einzelne koranische Passagen bis heute als Rechtfertigung für Terroranschläge.⁵ Militante Islamisten argumentieren hier schriftgläubig, d.h. für sie zählt nur der Wortlaut der Offenbarung, den sie für unmittelbar verständlich halten, der keiner weiteren Interpretation bedürfe und der detailgenau und kompromisslos umzusetzen sei.⁶ Wer ungläubig ist, bestimmen sie. So rechtfertigen sie Gewalt gegen Nichtmuslime und machen sich zunutze, dass schriftgläubige Interpretationsweisen, die in allen Offenbarungsreligionen verbreitet sind, auch unter vielen Muslimen und ihren Religionsgelehrten populär sind, ohne dass diese notwendigerweise dieselben Schlussfolgerungen ziehen. Die meisten Muslime und Gelehrten verweisen hingegen auf den Kontext der Offenbarung.⁷ Wenn der koranische Aufruf zum Töten von Ungläubigen beispielsweise Bewohner Mekkas im 7. Jahrhundert betrifft, so ihre Argumentation, darf ein Muslim daraus nicht den Schluss ziehen, er müsse heute Amerikaner töten. Als wirklich zeitlos gelten ihnen vielmehr die ethisch-moralischen Leitlinien

⁵ So beispielsweise der angesehene saudi-arabische Gelehrte Hamud b. Uqla ash-Shu'aybi, in: "Fatwa on Events following 11 September 2001", zit. nach www.qoqaz.net. Eine Besprechung seines Rechtsgutachtens und der sich daran anschließenden Debatte findet sich in: Trautner, B.: Der Fatwa-Krieg im Cyberspace, zit. nach www.meome.de.

⁶ Dies wird im Falle Bin Ladins in denjenigen Rechtsgutachten (arab. *fatwa*, pl. *fatawa*) deutlich, in denen er Koranverse als Belege für seine Ansichten anführt. Eine engl. Übersetzung dieser Rechtsgutachten findet sich unter www.washingtonpost.com/wp-dyn/articles/A4993-2001Sep21.html.

des Koran wie beispielsweise die Aufrufe zu Barmherzigkeit und Güte und das Streben nach Frieden und Gerechtigkeit.

Ähnlich ist das Problem des Begriffes *jihad* gelagert. Es ist bekannt, dass dieser ein weites Feld von möglichen Bedeutungen abdeckt, von individueller Anstrengung für einen positiv bewerteten Zweck bis hin zum Heiligen Krieg gegen die Ungläubigen.⁸ Oft wird übersehen, dass diese Doktrin in der klassischen Lehre sehr genau definiert ist und die überwiegende Mehrheit der Gelehrten der Meinung ist, Anschläge wie die vom 11. September könnten nicht durch den Rückgriff auf sie begründet werden. Dennoch bedient sich Bin Ladin einer Argumentationslinie, die auf die klassische islamische Rechtslehre zurückgeht. Sein Begriff des *jihad* stimmt mit dem einiger Religionsgelehrter überein und er bemüht sich häufig, seinen Kampf als Selbstverteidigung darzustellen.⁹ Denn laut klassischer Lehre ist der *jihad* für den einzelnen Muslim nur im Verteidigungsfall obligatorisch. Deshalb betont er immer wieder, die USA und ihre Verbündeten seien die eigentlichen Aggressoren. Dies unterscheidet ihn nicht von anderen Terroristen, die fast durchweg behaupten, in einem gerechten Verteidigungskampf gegen einen überlegenen Gegner zu stehen.¹⁰

In diesem Zusammenhang müssen auch die nun wieder aktuellen Thesen Samuel Huntingtons zum *Kampf der Kulturen* betrachtet werden. In einem Aufsatz in der einflussreichen Zeitschrift *Foreign Affairs* stellte er

⁷ Vgl. Kamali, Mohammad H.: *Principles of Islamic Jurisprudence*, revised edition, Cambridge 1991, S. 39f.

⁸ Vgl. Rosiny, Stephan: *Der jihad im Islam. Ein kontroverses Rechtsgutachten von 1998 und die Anschläge vom 11. September*, in: Lenzen, Dieter (u.a.) (Hrsg.): *Nach dem 11. September*, Opladen: Leske und Budrich 2002 (im Druck).

⁹ Vgl. Gutkin, Steven: *Terrorist calls for Muslim defense*, in: *Washington Times* vom 2. November 2001.

¹⁰ Vgl. Müller 2001, S. 2.

1993 die These auf, internationale Konflikte würden künftig vor allem an den Bruchlinien zwischen Kulturen bzw. Zivilisationen stattfinden.¹¹ Er identifizierte die konfuzianische und die islamische Kultur als die wichtigsten Gegenspieler des Westens im 21. Jahrhundert und äußerte die Befürchtung, beide würden sich gegen ihn verbünden. Huntington ging damals davon aus, dass nach dem Zusammenbruch des Ostblocks vor allem der Islam eine Bedrohung für den Westen darstelle.¹² Die Ereignisse seit dem 11. September scheinen ihm – oberflächlich betrachtet – Recht zu geben. Usama Bin Ladins Propaganda vom *Kreuzzug des Westens gegen den Islam* scheint auf fruchtbaren Boden zu fallen, Verschwörungstheorien sind unter den Muslimen in aller Welt außerordentlich populär und islamische Theoretiker eines Kampfes der Kulturen finden immer mehr Gefolgsleute, wie das Beispiel des von Huntington zitierten saudi-arabischen Gelehrten Safar al-Hawali zeigt.¹³ Tatsächlich muss sich der Westen in den kommenden Jahren auf sicherheitspolitische Bedrohungen aus dem islamisch geprägten Raum einstellen. Doch nicht der Islam oder die Muslime sind die Bedrohung, sondern islamistische Terroristen, die nur deswegen über Rückhalt verfügen, weil in ihren Gesellschaften seit langem ein Gefühl der Krise und die Wahrnehmung vorherrscht, dass der Westen für die Misere der islamischen Welt zumindest mitverantwortlich ist. Deshalb ist es von zentraler Bedeutung, dass der Westen nicht den Eindruck entstehen lässt, er wende sich gegen unbeteiligte Muslime. Vielmehr muss er so zielgenau wie möglich gegen die

¹¹ Dieser Artikel wurde zusammen mit mehreren kritischen Reaktionen abgedruckt in: *The Clash of Civilizations? The Debate. A Foreign Affairs Reader*, New York: Foreign Affairs 1993.

¹² Zu einer detaillierten Kritik an den Thesen Huntingtons vgl. Müller, Harald: *Das Zusammenleben der Kulturen. Ein Gegenentwurf zu Huntington*, Frankfurt/M.: Suhrkamp 1998.

¹³ Hawali ist ein Vordenker der saudi-arabischen islamistischen Opposition und hat großen intellektuellen Einfluss auf Usama Bin Ladin. Vgl. hierzu Teitelbaum, Joshua: *Holier than Thou. Saudi Arabia's Islamic Opposition*, Washington: The Washington Institute for Near East Policy 2000, S. 28-32.

islamistischen Terroristen vorgehen. Gelingt die Differenzierung zwischen Islam, Islamismus und islamistischem Terrorismus nicht, besteht die Gefahr, dass der *Kampf der Kulturen* zu einer *self-fulfilling-prophecy* wird.

3. Usama Bin Ladin und die Entwicklung des islamistischen Terrorismus

Nach den Attentaten des 11. September war schnell klar, dass es sich bei den 19 Tätern um Araber handelte. Federführend scheinen drei in Hamburg lebende Personen gewesen zu sein, nämlich Muhammad Atta aus Ägypten, Marwan al-Shehhi aus den Vereinigten Arabischen Emiraten und Ziad Jarrah aus dem Libanon, gemeinsam mit weiteren Komplizen, die zur Zeit flüchtig sind. Soweit dies bis heute bekannt ist, stammten 15 weitere Attentäter aus Saudi-Arabien. Diese scheinen (bis auf Hani Hanjour, dessen Rolle nicht vollständig geklärt ist) Helfershelfer der eigentlichen Rädelsführer gewesen zu sein.¹⁴ Darüber hinaus wird vermutet, dass einige Tatbeteiligte nicht in den Flugzeugen saßen. Da die amerikanischen Behörden aus ermittlungstechnischen Gründen noch recht sparsam mit diesbezüglichen Informationen umgehen, wird hier erst mittelfristig Gewissheit zu erwarten sein.

Sofort nach den Anschlägen richtete sich der Verdacht auf Usama Bin Ladin, den ursprünglich saudi-arabischen Unternehmer und Förderer des internationalen Terrorismus. Bin Ladin wurde laut eigenen Angaben 1957/58 als Sohn des erfolgreichen saudi-arabischen Bauunternehmers Muhammad Bin Ladin geboren.¹⁵ Seine Familie stammte aus dem Hadramaut im Südjemen. Die bisher verfügbaren Angaben über seine Kindheit und Jugendzeit in Saudi-Arabien sind denkbar knapp. Nach eigener Aussage studierte er Wirtschaftswissenschaften in Jiddah, in eini-

¹⁴ Zu Hani Hanjour vgl. Goldstein, Amy/Lena H. Sun/George Lardner: Hanjour a Study in Paradox, in: Washington Post vom 15. Oktober 2001, S. A01. Zu den restlichen saudi-arabischen Attentätern vgl. Steinberg, Guido: Usama bin Ladin und Saudi-Arabien. Hintergründe der Terroranschläge des 11. September, in: KAS-Auslandsinformationen, Nr. 11/2001, S. 4-24 (18-23).

¹⁵ Die diesbezüglichen Aussagen entstammen der arabischen Niederschrift eines Interviews des einflussreichen qatarischen Fernsehsenders *Al-Jazeera* mit Bin Ladin Ende 1998, zit. nach www.al-jazeera.com.

gen Biografien wird auch Hoch- und Tiefbau angegeben. Es ist wahrscheinlich, dass die streng religiöse Erziehung der saudischen Schulen und die religiös aufgeheizte Atmosphäre im Mekka und Medina der 70er Jahre auch ihn beeinflussten. Als 1979 jedoch islamistische Fanatiker die Große Moschee von Mekka besetzten und die Moschee gestürmt werden musste, - ein Ereignis, das viele Saudis zutiefst schockierte - scheint er unbeeindruckt geblieben zu sein.¹⁶ Vielmehr bewegten ihn 1979 der Friedensschluss zwischen Ägypten und Israel, die Islamische Revolution im Iran und vor allem die sowjetische Invasion in Afghanistan.

Erst seit Anfang der 80er Jahre häufen sich die Informationen zu Bin Ladin's Person.¹⁷ 1980 war er das erste Mal nach Pakistan gereist, um der dortigen *Jamaat-e Islami*, der bedeutendsten islamistischen Gruppierung im Lande, Spenden für den Kampf in Afghanistan zu überreichen. Damals machte er auch die Bekanntschaft des palästinensischen Islamisten Abdallah Azzam, der nach der sowjetischen Invasion Afghanistans im Dezember 1979 begonnen hatte, weltweit Kämpfer für den *jihad* in Afghanistan zu rekrutieren.¹⁸ In den nächsten Jahren reiste er zwischen Saudi-Arabien und Pakistan/Afghanistan hin und her, schaffte Geld für die afghanischen *Mujahidin* ins Land und begann, junge Araber für den Krieg gegen die UdSSR zu rekrutieren. Seit 1984 hielt er sich regelmäßig in Afghanistan auf. Bis heute ist umstritten, inwieweit er tatsächlich an Kämpfen gegen die Sowjets teilnahm. In jedem Fall kümmerte er sich um

¹⁶ Zur Besetzung der Großen Moschee von Mekka 1979 vgl. Reissner, Johannes: Die Besetzung der Großen Moschee in Mekka, in: Orient, Nr. 21/1980, S. 193-203.

¹⁷ Die beste aktuelle Biografie Usama Bin Ladins ist in einer Artikelserie in der arabischen Tageszeitung al-Hayat erschienen. Vgl. at-Tawil, Kamil: Usama Bin Ladin, in: al-Hayat vom 4. bis zum 9. Oktober 2001.

¹⁸ Zu Azzam, einer der schillerndsten Figuren unter den militanten Islamisten, vgl. Fighel, Yoni: Sheikh Abdullah Azzam: Bin Laden's Spiritual Mentor , zit. nach www.ict.org.il.

logistische Probleme, beschaffte Geld und organisierte die Ausbildung und Anreise von Arabern für den bewaffneten Kampf.¹⁹

Nach dem Rückzug der Sowjets 1988 kehrte auch Usama Bin Ladin in sein Heimatland zurück. Mit ihm kamen aus Saudi-Arabien stammende *arabische Afghanen*, d.h. Araber, die in Afghanistan gekämpft hatten. Etwa 5000 saudische Staatsbürger sollen in Afghanistan aktiv gewesen sein, wobei nur einige hundert in ihr Heimatland zurückkehrten. Bin Ladin's Selbstbewusstsein war nach dem Sieg gegen die Sowjetunion deutlich gestiegen, so dass er nicht davor zurückschreckte, das saudische Regime öffentlich für seine pro-westliche Politik und die Verwestlichung im Lande zu kritisieren. Als die Herrscherfamilie im Laufe der Golfkrise 1990 amerikanische Soldaten zum Schutz vor einem irakischen Angriff ins Lande rief, eskalierte der Konflikt. Bin Ladin protestierte heftig gegen den Aufmarsch von *Ungläubigen* im Land der Heiligen Stätten von Mekka und Medina. 1991 konnte er sich nur noch durch die Flucht seiner Verhaftung entziehen. Über den Jemen rettete er sich in den Sudan, der unter der Führung eines islamistisch orientierten Regimes und seines Vordenkers Hasan at-Turabi zu einem Refugium für Gleichgesinnte aus der gesamten Region geworden war.²⁰ Hier begann die Karriere des Usama Bin Ladin als Financier des transnationalen Terrorismus. Die sudanesishe Regierung ließ ihm zunächst alle Freiheiten, seine Organisation auszubauen und künftige Terroristen in Trainingscamps auszubilden. Erst 1996 veranlasste sie Bin Ladin auf Druck der USA das Land zu verlassen. Bin Ladin kehrte nach Afghanistan zurück, wo er sich 1997 den Taliban anschloss, die mittlerweile die Macht im Großteil des Landes übernommen hatten.

¹⁹ Diese Phase ist gut aufgearbeitet in: Pohly, Michael/Khalid Durán: Osama bin Laden und der internationale Terrorismus, München 2001, S. 27-40.

²⁰ Turabi gilt heute als einer der bedeutendsten Vordenker radikaler Islamisten. Vgl. hierzu seine Biografie von El Affendi, Abdelwahab: Turabi's Revolution. Islam and Power in Sudan, London: Grey Seal 1991.

Der Westen wurde auf Bin Ladin verstärkt aufmerksam, nachdem sich Hinweise auf seine Verwicklungen in die Terroranschläge auf die amerikanischen Botschaften in Daressalam und Nairobi im August 1998 häuften. Seither versuchen die amerikanischen Behörden seiner Person habhaft zu werden. In den USA und in Europa wurde er nun zu einer Art Synonym des islamistischen Terrorismus, obwohl in diesem Zusammenhang auch andere Namen genannt werden müssen. Dies gilt vor allem für den Führer der ägyptischen *Gihad*-Gruppe,²¹ Aiman az-Zawahiri, der insbesondere organisatorisch und logistisch aktiv war.²² Bin Ladin ist heute eher die Symbolfigur einer Dachorganisation, die sich im Februar 1998 – noch weitgehend unbeachtet - erstmals der Öffentlichkeit vorstellte. Damals veröffentlichten Bin Ladin und Zawahiri gemeinsam mit islamistischen Persönlichkeiten aus Ägypten, Pakistan und Bangladesh einen Aufruf unter dem Titel *Islamische Weltfront für den jihad gegen Juden und Kreuzzügler*, in dem sie das Bündnis zwischen ägyptischen und saudiarabischen Militanten besiegelten. Darin erklärten sie, es sei die Pflicht jeden Muslims, Amerikaner und ihre Verbündeten zu töten, auch Zivilisten, überall wo er sie anträfe. Erst nach dem Rückzug der USA aus allen muslimischen Ländern erlösche diese Pflicht. Wenige Monate später folgten die Anschläge in Ostafrika.

²¹ Der arabische Buchstabe „*jim*“ wird im ägyptischen Arabisch wie ein deutsches „*g*“ gesprochen. Deshalb wird hier zur Bezeichnung ägyptischer Gruppierungen die entsprechende Schreibweise *Gihad* oder *Gama'a* verwandt. Dies erleichtert die Orientierung, da die Bezeichnung *Jihad* (oder *Jihad al-Islam*) von mehreren Gruppierungen beansprucht wird.

²² Zu Zawahiri vgl. Foden, Giles: Staatsfeind Nummer zwei, in: Süddeutsche Zeitung vom 4. Oktober 2001.

4. Die Ursachen des Islamismus

4.1. Die Entstehung der islamistischen Ideologien

Der Islamismus ist in erster Linie eine Protestbewegung gegen die eigenen, als tyrannisch empfundenen Regierungen, die für sozioökonomische Probleme, kulturelle Entfremdung und politische Ohnmacht der islamischen Welt verantwortlich gemacht werden. Vorläufer dieser Bewegungen traten zuerst Ende des 19. Jahrhunderts im Vorderen Orient auf. Mit der europäischen Expansion setzte damals eine Debatte über die Ursachen der Schwäche der Muslime ein, die bis heute andauert. Die Diskrepanz zwischen fremder, christlicher Herrschaft und dem Selbstbewusstsein im Besitz der einzig wahren Religion zu sein, nahmen viele Muslime als erklärungs- und änderungsbedürftig wahr. Während Säkularisten damals eine vollständige Modernisierung nach dem Muster westlicher Staaten forderten, entstand mit der sogenannten *Salafiya* eine Gegenbewegung. Ihre Protagonisten wie Jamal ad-Din al-Afghani (1839-1897), Muhammad Abduh (1849-1905) und Rashid Rida (1865-1935) vertraten die Meinung, nur eine Rückbesinnung auf den Islam werde die Muslime wieder zu alter Stärke führen.²³ Zu diesem Zweck entwickelten sie das Bild einer stark idealisierten Urgesellschaft in Medina, der der *frommen Altvorderen (as-salaf as-salih)*, deren Vorbild die Muslime folgen müssten, wollten sie dem Islam wieder seine alte Weltstellung verschaffen. Sie folgten damit einem in der islamischen Geschichte häufig wiederkehrenden Motiv vieler Erneuerungsbewegungen.²⁴

²³Zur Salafiya vgl. Shinar, P./Ende, Werner: Salafiyya, in: Encyclopedia of Islam, 2nd Edition, Bd. XIII, S. 900-909. ²³ Vgl. Krämer 1994, S. 48.

²⁴Vgl. Krämer 1994, S. 48.

Ging es den Salafis vorwiegend um die friedliche Erneuerung der Gesellschaft aus der Kraft der eigenen Tradition, existierte eine der *Salafiya* eng verbundene Strömung, deren Vorstellung von Reform weniger geistig-moralisch als vielmehr politisch war. Sie hatte ihren Ursprung in mehreren islamischen Erneuerungsbewegungen, die im 18. und 19. Jahrhundert vor allem an der Peripherie der islamischen Welt, in Zentralarabien, Nordwestindien, im Jemen, Nordnigeria und der nördlichen Sahara entstanden waren. Prominente Beispiele sind die Schule von Deoband in Indien und die arabische *Wahhabiya*. Während die Deobandis das geistige Rüstzeug für viele pakistanische Islamisten und die Taliban lieferten, nahm die *Wahhabiya* im arabischen Raum Einfluss auf viele Islamisten des 20. Jahrhunderts.²⁵ Sie bestimmt bis heute die Weltanschauung U-sama Bin Ladins.

Die *Wahhabiya* entstand im 18. Jahrhundert in Zentralarabien (arab. *Najd*) in der Nähe des heutigen Riad.²⁶ Angeführt wurde diese Bewegung von ihrem Namensgeber, dem Religionsgelehrten Muhammad b. Abdalwahhab (ca. 1704-1792). Nach anfänglichen Misserfolgen verbündete er sich 1745 mit einem lokalen Herrscher namens Muhammad b. Saud, worauf die wahhabitisch-saudische Allianz in wenigen Jahrzehnten fast die gesamte Halbinsel eroberte. Aus dieser Keimzelle entstand der heutige saudi-arabische Staat. Die Ideologie der *Wahhabiya* ist von einer deutlichen Unterscheidung in Gläubige und Ungläubige geprägt. Als gläubig gilt den Wahhabiten aber nicht der gewöhnliche Muslim, sondern derjenige, der die Verhaltensvorschriften der *Wahhabiya* minutiös befolgt und ihre theologischen Ansichten vorbehaltlos übernimmt. Sie glaubten, in Koran und Sunna ein detailgetreues Abbild der idealisierten Frühzeit

²⁵Vgl. Rashid, Ahmed: Taliban. Islam, Oil and the New Great Game in Central Asia, London/New York: Tauris 2000, S. 88-90.

²⁶Zur Frühgeschichte der Wahhabiya vgl. Peskes, Esther: Muhammad b. Abdalwahhab (1703-92) im Widerstreit. Untersuchungen zur Rekonstruktion der Frühgeschichte der Wahhabiya, Beirut: Steiner 1993.

gefunden zu haben und versuchten unerbittlich, Gottes Gebote wortgetreu in die Tat umzusetzen. Im Najd des 18. und 19. Jahrhunderts waren das Rauchen, Musizieren und das Tragen seidener Kleidung verboten. Außerdem wurde das fünfmalige Gebet in der Gemeinschaft verpflichtend. Eine Religionspolizei, ähnlich der der Taliban, sorgte dafür, dass alle Vorschriften eingehalten wurden. Nach außen lieferte die *Wahhabiya* das ideologische Rüstzeug für die Expansion des saudischen Staates. Alle Nichtwahhabiten galten ihr als Ungläubige, die im *jihad* bekämpft werden sollten.²⁷

Salafiya, *Wahhabiya* und einige andere Reformbewegungen schufen die ideologische Grundlage der islamistischen Organisationen des 20. Jahrhunderts. Während die *Salafiya* vor allem diejenigen prägte, die die geistig-moralische Erneuerung ihrer Gesellschaften betrieben, bezogen sich die Militanten eher auf die Ideologie der *Wahhabiya* und artverwandter Reformbewegungen. Sie übernahmen von ihnen – aufgrund des Bewusstseins, die einzig wahren Muslime zu sein – ihre radikale Abgrenzung von der Außenwelt und die Überzeugung, gegen andersdenkende Muslime im *jihad* kämpfen zu müssen. Deswegen werden sie heute auch *Jihadisten* genannt.²⁸ Ihr Weltbild ist stark dichotomisch geprägt: sie sind gläubig, alle anderen ungläubig.

Die ersten politischen Bewegungen des Islamismus entstanden ab den 20er Jahren. 1928 gründete der Volksschullehrer Hasan al-Banna (1906-1949) die ägyptische Muslimbruderschaft. Er und der Begründer der indisch-pakistanischen *Jamaat-e Islami*, Abu I-A'la al-Maududi (1903-1979) wurden zu den wichtigsten Wegbereitern des politischen Islam im 20. Jahrhundert. In der arabischen Welt blieb Ägypten lange Zeit das Zentrum des Islamismus, von wo sich die Muslimbruderschaft ab den 40er

²⁷ Vgl. Steinberg, Guido: Religion und Staat in Saudi-Arabien. Die wahhabitischen Gelehrten 1902-1953, Würzburg: Ergon 2002 (im Druck).

²⁸ Vgl. Pohly/Durán 2001, S. 23f.

Jahren in andere Länder, vor allem nach Syrien, Jordanien und den Sudan ausweitete.²⁹ Ziel der Muslimbruderschaft war eine vollkommene Umgestaltung der ägyptischen Gesellschaft auf der Grundlage der *shari'a*. Während Banna auf schrittweise Veränderungen hinarbeitete, teilten viele Mitglieder seinen Optimismus bezüglich der Reformierbarkeit des ägyptischen politischen Systems nicht. Schon damals bewegten sich die Ansichten von Islamisten in der gesamten Region zwischen diesen beiden Polen: graduelle geistig-moralische Erneuerung oder gewaltsamer Kampf.

Den entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte der Muslimbruderschaft bildete die Unterdrückung ihrer Aktivitäten ab 1954 durch das Regime der Freien Offiziere, nachdem ein Anschlag von Muslimbrüdern auf Präsident Nasser gescheitert war. 1965 folgte eine zweite Verhaftungswelle, in deren Folge Sayyid Qutb (1906-1966), der wichtigste militante Vordenker der Muslimbrüder, hingerichtet wurde.³⁰ Dass die ägyptische Regierung Qutb exekutieren ließ, weist schon darauf hin, für wie gefährlich sie ihn hielt. Qutb hatte seit 1954 mit Unterbrechungen im Gefängnis gesessen. Diese Erfahrung scheint maßgeblich zu einer Radikalisierung beigetragen zu haben, die anhand seiner im Gefängnis entstandenen Schriften rekonstruiert werden kann. Sein Buch *Wegzeichen*³¹ wurde zum bedeutendsten Pamphlet militanter Islamisten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Er entwarf darin eine revolutionäre Ideologie, die sich vom Reformkurs Hasan al-Bannas abwandte. Er erklärte das

²⁹ Zur Muslimbruderschaft vgl. Mitchell, Richard P.: *The Society of the Muslim Brothers*, New York (u.a.): Oxford UP 1993 (Neudruck der Ausgabe London 1969). Zur indisch-pakistanischen *Jamaat-e Islami* vgl. Nasr, Seyyed Vali Reza: *The Vanguard of the Islamic Revolution. The Jama'at-i Islami of Pakistan*, London/New York: Tauris 1994.

³⁰ Zu Qutb liegt mittlerweile eine umfangreiche Literatur vor. Vgl. z.B. Mousalli, Ahmad S.: *Radical Islamic Fundamentalism. The Ideological and Political Discourse of Sayyid Qutb*, Beirut: American University 1992

³¹ Eine englische Übersetzung des Werkes liegt vor: Qutb, Sayyid: *Milestones*, Chicago: Kazi Publ. 1993.

ägyptische Regime für ungläubig und forderte den gewaltsamen Kampf (*jihad*) gegen Nasser.

Junge Islamisten der 60er und 70er Jahre schlossen sich der Lehre Qutbs begeistert an. Bis heute ist er der populärste militant-islamistische Denker geblieben und seine Bücher werden in der arabischen Welt und in Übersetzung auch weit darüber hinaus gelesen. Qutbs Schüler im Ägypten der späten 60er und 70er Jahre gingen jedoch noch einen Schritt weiter als ihr Lehrvater und erklärten auch diejenigen einzelnen Muslime für Ungläubige, die in der angeblich unislamischen ägyptischen Gesellschaft lebten. Sayyid Qutb hatte zwar auf der strengen Unterscheidung von Glauben und Unglauben beharrt, jedoch die Beantwortung der Frage vermieden, inwieweit Individuen auch für ungläubig und damit für vogelfrei erklärt werden dürften. Seine Schüler gingen diesen Schritt. Sie hielten den Kampf gegen den Staat, seine Herrscher und Bewohner für eine grundlegende religiöse Pflicht und nannten ihn *jihad*.³² Damit waren die ideologischen Grundlagen für die Entstehung des islamistischen Terrorismus gelegt. In Ägypten waren es vor allem die Erfahrung brutaler staatlicher Repression und die langen Gefängnisaufenthalte, die eine Radikalisierung vieler Islamisten bewirkten. Während die Muslimbruderschaft der Gewalt abschwor, erstarkten militante Gruppierungen, die den ägyptischen Staat mit terroristischen Mitteln bekämpften.³³

4.2. Die sozioökonomische Basis islamistischer Bewegungen

Das rasche Bevölkerungswachstum der 60er, 70er und 80er Jahre in fast allen islamisch geprägten Staaten schuf die Generationen, die heute die

³²Vgl. Krämer 1994, S. 18.

³³Zu den militanten Gruppierungen vgl. z.B. Ayubi, Nazih N.: *Political Islam. Religion and Politics in the Arab World*, London/New York: Routledge 1991.

personelle Basis der islamistischen Bewegungen bilden. Ihre Regierungen stellte diese demographische Entwicklung vor fast unlösbare Probleme. Auch wenn die meisten Staaten eine materielle Grundversorgung der Bevölkerung sichern konnten, wuchs vor allem die Arbeitslosigkeit unter jungen Abgängern der Schulen und Universitäten.³⁴ Dieses Problem verschärfte sich in vielen Staaten durch den enormen Ausbau der Bildungssysteme seit den 50er Jahren. Den Kindern auch der unteren Bevölkerungsschichten stand nun der Zugang zu den Universitäten offen, doch nur die frühen Jahrgänge und diejenigen, die im westlichen Ausland ausgebildet wurden, konnten auf ein gesichertes Auskommen hoffen. Da in Staaten wie Algerien, Syrien und Ägypten der private Sektor nur schwach ausgebildet war, drängten die jungen Akademiker in den Staatsdienst, der in den 70er Jahren nur noch einen kleinen Teil der Absolventen absorbieren konnte. Mittlerweile gilt dies selbst für ehemals sehr reiche Staaten wie Saudi-Arabien, die seit Mitte der 80er Jahre unter dem Verfall des Ölpreises leiden. Die Erziehungssysteme der meisten arabischen Staaten produzieren heute daher Hunderttausende mehr schlecht als recht gebildete Akademiker und entlassen sie in die Arbeitslosigkeit.³⁵ Diese Generation wird in arabischen Medien oft als *Zeitbombe* (arab. *al-qunbula al-mawquta*) bezeichnet.

Bis in die 80er Jahre konnten viele Regime die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerungen noch durch die Subventionierung von Nahrungsmitteln, Brennstoffen, Wohnungen und öffentlichen Verkehrsmitteln beschwichtigen. Doch sie waren zur Begrenzung ihrer Ausgaben gezwungen, weil die reichen Ölstaaten spätestens ab Mitte des Jahrzehnts ihre Zahlungen reduzierten und weniger ausländische Arbeitskräfte einstellten. Durch den Zweiten Golfkrieg verloren Hunderttausende Ägypter,

³⁴ Vgl. Krämer 1994, S. 48.

³⁵ Vgl. MacFarquhar, Neil: In Saudi Arabia, Ruling Class to Working Class, in: New York Times vom 26. August 2001.

Jemeniten, Jordanier und Palästinenser ihre Arbeitsstellen im Irak, in Kuwait und in Saudi-Arabien; ihre Heimatländer litten unter dem Wegfall ihrer Überweisungen aus dem Ausland und steigenden Arbeitslosenzahlen.³⁶ Außerdem gingen Absatzmärkte im zerbrechenden Ostblock verloren, die finanzielle Unterstützung durch die Supermächte USA, UdSSR und ihre Verbündeten versiegte und die Staatsausgaben stiegen. Schmerzhaftes Strukturanpassungsprozesse – vom Internationalen Währungsfonds (IMF) und der Weltbank gefordert – verschlechterten die Lebensbedingungen weiter Bevölkerungskreise. Globalisierung bedeutete für sie vor allem Verelendung, und dieser Prozess intensivierte sich in den 90er Jahren.³⁷

Die immer schlechter werdenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen trafen auf steigende Erwartungen an die eigene berufliche und soziale Zukunft. Dies betraf nicht nur die jungen Akademiker, die aufgrund ihrer Bildung einen substanziellen sozialen Aufstieg erhofften, ihre Ziele jedoch meist nicht verwirklichen konnten. Auch die breite Bevölkerung kam in Kontakt zu Lebensformen und Wohlstand der industrialisierten Länder. Zuerst Radio, vor allem aber Fernsehen und ab den 90er Jahren Satellitenfernsehen und Internet weckten den Wunsch vieler Menschen der Region, ähnlich zu leben wie die Menschen im Westen.³⁸ Tatsächlich aber wuchsen die Unterschiede zwischen arm und reich in den letzten Jahrzehnten und eine westlich geprägte Lebensweise blieb das Privileg kleiner, oft korrupter Eliten. Mehr noch als in Europa und den USA wird Reichtum in vielen dieser Länder ostentativ zur Schau gestellt, was Wi-

³⁶ Addleton, J.: The Impact of the Gulf War on Migration and Remittances in Asia and the Middle East, in: International Migration 29, Nr. 4/1991, S.509-526.

³⁷ Vgl. Sivan, Emmanuel: Why Radical Muslims Aren't Taking Over Governments, Middle East Quarterly (December 1997), zitiert nach: www.ict.org.il.

³⁸ Zur Rolle neuer Medien in der Region vgl. Eickelmann, Dale F./Anderson, Jon W. (Hrsg.): New Media in the Muslim World, Bloomington/Indianapolis: Indiana UP 1999.

derstand weckte. Da der Westen als Quelle dieser Form der Moderne wahrgenommen wurde und wird, richtet sich die Enttäuschung all derjenigen, die nicht daran teilhaben, auch gegen den Westen und dessen Verbündete in der Region. Die zweite Welle der Globalisierung nach 1989 sehen viele Bewohner der Region deshalb als einen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Angriff auf ihre eigenen Werte und Lebensformen und neue Variante westlichen Hegemoniestrebens. So schreibt Amr Hamzawy über die Situation nach dem 11. September:

"Die Dramatik der momentanen Situation bedingt dabei eine Vereinfachung und eine Zuspitzung derjenigen Positionen, die die Globalisierung vor allem als neue Form westlicher Hegemonie deuten. Die islamistische Gewalt wird zwar nicht direkt gerechtfertigt. Sie wird jedoch entweder als ein lokaler Ausdruck des vermeintlich vom Westen beschworenen globalen Kampfes der Weltkulturen beziehungsweise der Weltreligionen oder als ein Endprodukt westlicher Ungerechtigkeiten gegenüber der arabisch-islamischen Welt verharmlost. Nur in wenigen Artikeln sind kritische Stimmen zu vernehmen, die die Gleichstellung von Globalisierung und Verwestlichung hinterfragen und in der islamistischen Gewalt eine globale Gefahr sehen."³⁹

Die eigenen Eliten, die den Trend zur Verwestlichung unterstützen, nehmen sie dabei als die (oft korrupten) Erfüllungsgehilfen wahr. Stimmen, die die weit verbreitete Identifikation von Globalisierung und Verwestlichung (oder Amerikanisierung) kritisieren, sind selten.

Es waren jedoch nicht nur sozioökonomische Probleme, die den Islamisten Zulauf verschafften. Soziales Elend und enttäuschte Erwartungen gingen einher mit einem Streben nach kulturell-religiöser Authentizität

³⁹ Hamzawy, Amr: Die Angst vor den kulturellen Folgen der Globalisierung: Die arabische Intellektuellen und der Westen nach dem 11. September, in: Lenzen, Dieter (u.a.) (Hrsg.): Nach dem 11. September, Opladen: Leske und Budrich 2002 (im Druck).

und Eigenständigkeit.⁴⁰ Allein die Tatsache, dass die Hamburger Attentäter des 11. September, deren Zukunftsaussichten aufgrund ihrer Ausbildung im Westen sehr gut waren, zu Islamisten und dann zu Terroristen wurden, macht dieses Phänomen deutlich. Denn seit der europäischen Expansion des 19. Jahrhunderts herrscht unter vielen Muslimen das Gefühl vor, von einer fremden und überlegenen Zivilisation beherrscht und fortwährend gedemütigt zu werden. Je enger die Kontakte zwischen Osten und Westen im Laufe des 20. Jahrhunderts wurden, umso stärker prägte sich dieses Gefühl aus. Dies erklärt die Suche der Islamisten nach einem identitäts- und sinnstiftenden Element in der eigenen Geschichte. In dieser Situation musste eine Ideologie besonders erfolgreich sein, die den Rückgriff auf die eigene, authentische Tradition forderte und Gerechtigkeit versprach. Liberalismus, Sozialismus und Nationalismus galten den meisten Menschen der Region als gescheitert, da alle diese importierten Ideologien beziehungsweise die sie tragenden Eliten innen- wie außenpolitisch versagt hatten.⁴¹ Also wandten sie sich an das Eigene und folgten den Islamisten, die seit den 1970er Jahren mit der Parole *Der Islam ist die Lösung* vermehrt Gehör fanden. Seitdem dominieren die Debatten über die Rolle des Islam in der Gesellschaft die Innenpolitik fast aller Länder zwischen Marokko und Indonesien.

Die Islamisten sind unter all denjenigen Teilen der Bevölkerung erfolgreich, die die Probleme ihres Alltags nicht oder kaum bewältigen können, seien sie nun wirtschaftlicher, sozialer oder kultureller Art. Der Islamismus verspricht ihnen eine ganzheitliche und vergleichsweise simple Lösung für ihre vielfältigen Probleme. Sie stellen wirtschaftliche Gerechtigkeit in Aussicht, lindern soziale Missstände durch die Bereitstellung von Dienstleistungen und verschaffen Selbstbewusstsein und Halt durch aktive Mit-

⁴⁰ Krämer, Gudrun: Gottes Staat als Republik. Reflexionen zeitgenössischer Muslime zu Islam, Menschenrechten und Demokratie, Baden-Baden: Nomos 1999, S. 17-21.

⁴¹ Vgl. dies. 1994, S. 61f.

arbeit. Oft sind es vor allem jüngere, meist männliche Angehörige der (unteren) städtischen Mittelschichten, die nicht bereit sind, sich mit ihren eng begrenzten Möglichkeiten sozialen Aufstiegs abzufinden. So erklärt sich, dass die Islamisten in vielen Gesellschaften in weiten Kreisen populär sind, auch wenn ihre Unterstützer nur in Ausnahmefällen Mehrheiten darstellen. Unter den Studenten sind es häufig die Absolventen naturwissenschaftlich-technischer Studiengänge bescheidener Herkunft, die sich islamistischen Bewegungen anschließen. Oft leben sie erst in zweiter Generation in der Stadt und stammen aus den Randzonen der Städte, in denen die Einwanderer vom Land leben. Hier verbindet sich die Furcht vor sozialem Abstieg mit einer Identitätskrise, die für Migranten nicht untypisch ist.⁴²

Diese Bevölkerungsgruppen bilden auch die soziale Basis für militante Gruppierungen. So entstammten die 15 saudi-arabischen Attentäter – soweit dies bekannt ist – eher bescheidenen Verhältnissen, d.h. der unteren Mittelschicht. In ihrem Fall zeigt sich aber noch eine weitere Dimension: die der regionalen Zugehörigkeit. Schon im Ägypten der 70er bis 90er Jahre kamen die militanten Islamisten meist aus Städten der Peripherie im Süden des Landes und den städtischen Randzonen Kairo. Ihr Protest war somit auch der Widerstand der vernachlässigten Peripherie in einem hoch zentralisierten Entwicklungsland. In gewisser Weise trifft dies auch auf die Attentäter des 11. September zu. Fast alle saudi-arabischen Attentäter stammten aus den westlichen Provinzen des Königreichs, Asir und Hijaz, genauer gesagt aus denjenigen Regionen, die seit der Eroberung durch das zentralarabische Staatsvolk in den 1920er Jahren in jeder Hinsicht vernachlässigt worden waren. Sie schlossen sich – wie der aus dem Südjemen stammende Usama Bin Ladin auch – unter anderem deswegen der Opposition an, weil sie hofften, durch die Hinwendung zur einer radikalen Interpretation der *Wahhabiya* gesellschaftliche Anerken-

⁴² Vgl. ebd., S. 51.

nung zu erlangen. Deshalb sind es immer wieder Personen aus der regionalen wie gesellschaftlichen Peripherie, die sich der Opposition anschließen. Nur so können sie hoffen, ihre untergeordnete Stellung in der saudi-arabischen Stammesgesellschaft zu überwinden.⁴³

Dennoch blieben die militanten Islamisten sowohl in Saudi-Arabien, als auch in Algerien oder Ägypten immer Außenseiter, weil sie mit ihrer Gewalttätigkeit gegen gesellschaftliche und religiöse Normen verstoßen.⁴⁴ Nur wenn sich die Lebensbedingungen in einem Land rapide verschlechtern, erhielten auch sie größeren Zulauf. Dies galt beispielsweise für Algerien gegen Ende der 80er Jahre. Heute sind vor allem die besetzten und selbstverwalteten Gebiete der Westbank und des Gazastreifens betroffen, die neben dem Irak und Afghanistan *die* Elendszonen der Region sind.⁴⁵ Unter den Palästinensern hat der Friedensprozess im Nahen Osten Erwartungen geweckt, die in den letzten Jahren vor allem unter jungen Leuten in eine furchtbare Enttäuschung umgeschlagen ist. Sie bilden die soziale Basis für Hamas (arab. *Harakat al-Muqawama al-Islamiya*) und den Islamischen Jihad. Vor allem Hamas ist es dabei gelungen, sich als Massenbewegung zu etablieren, die heute schon mehr als ein Drittel der palästinensischen Gesellschaft hinter sich weiß.⁴⁶

Verstärkt wird die Bindung dieser Schichten an islamistische Bewegungen durch deren soziale Dienste.⁴⁷ Islamistische Gruppierungen veranstalten Korankurse, eröffnen islamische Schulen und bieten medizinische Versorgung an, wo sie am nötigsten ist. Diese Hilfestellungen machen sie zu Konkurrenten des meist schlechten staatlichen Sozialsystems und er-

⁴³ Vgl. Steinberg 2001, S. 18-23.

⁴⁴ Vgl. Krämer 1994, S. 52.

⁴⁵ Vgl. Hottinger, Arnold: Islam – Eine Religion der Gewalttätigkeit?, in: NZZ vom 15. September 2001.

⁴⁶ Zu Hamas vgl. Mishal, Shaul/Avraham Sela: The Palestinian Hamas. Vision, Violence and Coexistence, New York: Columbia UP 2000.

⁴⁷ Vgl. Sivan 1997.

lauben es ihnen eine Art Parallelgesellschaft zu schaffen. Neben Hilfestellungen für die alltäglichen sozialen Probleme liefern diese in der Regel straff organisierten Gruppierungen die Möglichkeit durch das Eingebundensein in eine umhiegte Gemeinschaft neuen Sinn in einem ansonsten hoffnungsarmen Leben zu finden. Sie geben Halt, der nirgendwo sonst zu haben ist, vor allem nicht bei einem Staat, der meist nicht in der Lage und/oder nicht willens ist, die Probleme seiner Bewohner zu lösen. Hamas, Hizbullah und die jordanischen Muslimbrüder sind Musterbeispiele für Organisationen, die umfassende soziale Dienste anbieten. Vor allem die Schulen, in denen Weltbild und Ideologie dieser Gruppierungen mittlerweile an ganze Generationen weitergegeben werden, sind äußerst erfolgreich, da die staatlichen Erziehungssysteme nur unzureichend ausgestattet sind. Hier werden die Islamisten der kommenden Jahre geprägt und möglicherweise die Grundlagen für eine zukünftige Umgestaltung ganzer Staaten geschaffen. Schon jetzt weisen die gemäßigten Bewegungen, wie beispielsweise die ägyptischen und jordanischen Muslimbrüder, die vor allem im sozialen Bereich aktiv sind, die größte politische Breitenwirkung auf.⁴⁸

Zur Durchsetzung ihrer politischen und gesellschaftlichen Ziele benötigen die islamistischen Gruppierungen Geld. Dies erwirtschaften sie teils selbstständig in einem stetig wachsenden *islamischen* Wirtschaftssektor, der davon profitiert, dass einfache Muslime ihr Geld nur selten Banken anvertrauen, die im Verdacht stehen, den im Koran verbotenen *Zinswucher* zu betreiben. Darüber hinaus würden viele Angehörige der Mittelschichten ihr Geld staatlichen Institutionen nicht anvertrauen. Islamische Banken und andere Wirtschaftsunternehmen operieren mittlerweile weltweit, und ihre Beziehungen zu islamistischen Gruppierungen werden in vielen Ländern heftig diskutiert. Außerdem existieren zahlreiche islamische Wohlfahrtsorganisationen, die vor allem in den reichen Golfstaaten

⁴⁸ Vgl. Krämer 1994, S. 53.

florieren. Sie sind immer wieder in Krisenregionen präsent, in denen Muslime betroffen sind. Mittlerweile stehen einige von ihnen sogar unter dem Verdacht, terroristische Gruppierungen verschiedener Provenienz zu finanzieren.⁴⁹ Tatsächlich ist es oftmals schwierig, zwischen humanitären Hilfslieferungen und der Unterstützung für militante Gruppierungen zu unterscheiden.

Ebenso wichtig ist jedoch die Unterstützung von Islamisten durch Staaten und internationale Organisationen. Einer der wichtigsten Financiers der Islamisten war bisher Saudi-Arabien, das beispielsweise die Taliban, die Islamische Heilsfront in Algerien und die palästinensische Hamas unterstützte. Darüber hinaus war die Förderung islamistischer Bewegungen und islamisch orientierter Erziehungsprogramme einer der Grundpfeiler saudiarabischer Außen- und Innenpolitik seit den 60er Jahren, oft im Rahmen der Islamischen Weltliga und der Organisation Islamische Konferenz (OIC).⁵⁰ Auf diese Weise strebte das Regime, gestützt auf die seit 1973 explodierenden Öleinnahmen, eine Führungsposition in der arabisch-islamischen Welt an. Doch diese Politik hat sich als gefährlich erwiesen. Denn Saudi-Arabien ist neben Ägypten und Israel der engste Verbündete der USA im Vorderen Orient, islamistische Bewegungen sind aber prinzipiell antiwestlich. Dieser Widerspruch blieb vielen jungen Islamisten nicht verborgen, so dass sie zu Gegnern des saudischen Regimes wurden.⁵¹ So hat sich die saudische Regierung durch die Förderung islamistischer Bewegungen und Erziehungsprogramme mittlerweile ihre eigenen Feinde geschaffen, wie das Beispiel der teilweise religiös gebil-

⁴⁹ So z.B. die Muwafaq Charity Foundation, die im September 2001 ins Visier der amerikanischen Ermittler geriet.

⁵⁰ Zur Geschichte der Islamischen Weltliga vgl. Schulze, Reinhard: Islamischer Internationalismus im 20. Jahrhundert. Untersuchungen zur Geschichte der Islamischen Weltliga, Leiden: Brill 1990.

⁵¹ Steinberg, Guido: Saudi-Arabien und die Attentate des 11. September 2001, in: Lenzen, Dieter (u.a.) (Hrsg.): Nach dem 11. September, Opladen: Leske und Budrich 2002 (im Druck).

deten saudi-arabischen Attentäter zeigt. Auch wenn die saudische Regierung in den kommenden Jahren vermutlich etwas vorsichtiger agieren wird, zeichnet sich in ihrer Politik keine Kehrtwende ab. Hinzu kommt, dass auch andere islamistische und säkulare Regime sowie wohlhabende Privatpersonen – vor allem in den reichen Golfstaaten – Islamisten unterstützen.⁵²

4.3. Der Islamismus in der politischen Opposition

Unter Islamisten bestehen wichtige Differenzen hinsichtlich der Frage, welche Strategien angewandt werden müssen, um einen islamischen Staat zu begründen. Nur islamistische Terroristen gehen mit Gewalt gegen die Regime ihrer Heimatländer vor, andere arrangieren sich, nehmen gegebenenfalls an Wahlen teil und geben sich in einigen Ländern sogar staatstragend.⁵³ In solchen Fällen ist es schwierig zu bestimmen, inwieweit das Bekenntnis dieser Gruppierungen zum Wahlprinzip ihrer Überzeugung entspringt oder lediglich taktisch bedingt ist. In mehreren Fällen ist zu vermuten, dass sie einen Wahlsieg nutzen würden, um ein autoritäres Staatswesen islamistischer Prägung zu begründen. Dies muss aber nicht zwangsläufig so sein. Als ein Beispiel für gemäßigte Islamisten werden häufig die Muslimbrüder Jordaniens genannt. Seit den fünfziger Jahren leben sie mit dem Regime in weitgehend friedlicher Koexistenz, streben nach eigenen Angaben nicht nach der Macht und dienen sich dem König als Verbündete gegen linksnationalistische Gruppierungen an.⁵⁴ Ein zweites Beispiel ist die libanesische Hizbullah, die seit dem Ende des

⁵² Amerikanische Ermittler verdächtigten beispielsweise den saudi-arabischen Geschäftsmann Yassin al-Qadi Usama Bin Ladin finanziell zu unterstützen.

⁵³ Vgl. Piscatori, James: *Islam, Islamists, and the Electoral Principle in the Middle East*, Leiden: ISIM 2000.

⁵⁴ Vgl. Karawan, *The Islamist Impasse* (Adelphi Paper 314), New York: Oxford UP 1997, S. 23f.

libanesischen Bürgerkriegs an Wahlen teilnimmt, deren Ergebnisse anerkennt und keinen Anspruch auf eine grundlegende Umgestaltung des libanesischen Staates anmeldet.⁵⁵ Diese Vorgehensweise ist jedoch unter islamistischen Gruppierungen höchst umstritten. Kritiker weisen darauf hin, dass die islamistische Ideologie an Glaubwürdigkeit verliert, wenn ihre Anhänger einerseits den Marsch durch die Institutionen antreten, andererseits aber behaupten, dass der Islamismus die einzige religiös und moralisch akzeptable Alternative zu den bestehenden politischen Ordnungen sei. Nach Ansicht der Militanten würden die gemäßigten Islamisten so zu Komplizen korrupter und tyrannischer Regime.⁵⁶ Dennoch bietet sich Letzteren durch die Kooperation mit dem Regime die Möglichkeit, weitgehend ungestört ihre sozialen Dienste anzubieten und auszubauen.

Da die meisten Islamisten auf eine Umgestaltung des Staates aus sind, sind die jeweiligen Regime ihre Hauptgegner. Die Niederlage der arabischen Staaten im Sechstagekrieg 1967, die zunehmenden wirtschaftlichen Probleme und die politische Ohnmacht gegenüber den Supermächten vermittelte vielen Muslimen ab Anfang der 70er Jahre den Eindruck, die Regime und damit auch ihre Ideologien seien gescheitert und nur noch der Islam biete eine wirkliche Alternative. Zudem besaßen die Islamisten seit dem Ölboom der 70er Jahre mit Saudi-Arabien einen reichen und einflussreichen Sponsor, der sie großzügig unterstützte. Ironischerweise förderten viele Regime zunächst die Entstehung islamistischer Gruppierungen, da sie in ihnen Partner im Kampf gegen linke Oppositionsgruppen sahen.⁵⁷ Verstärkt wurde dieser Trend durch die Islamische Revolution im Iran 1979. Auch wenn die meisten Sunniten kaum

⁵⁵ Vgl. Rosiny, Stephan: Islamismus bei den Schiiten im Libanon, Berlin: Das Arabische Buch 1996.

⁵⁶ Vgl. Sivan 1997.

⁵⁷ Dies gilt vor allem für Ägypten, aber auch für eine Reihe anderer Staaten wie beispielsweise die Türkei und Kuwait.

Sympathien für die iranischen Schiiten und ihre islamistische Ideologie hegten, existierte nun erstmals ein dezidiert islamischer Staat. Die Revolution bildete deshalb eine Quelle der Inspiration für viele islamistische Bewegungen, wenn auch vorwiegend für die schiitischen.⁵⁸ Heute finden sich in der Ideologie vieler sunnitischen Bewegungen Anklänge an Khomeinis Lehre der Herrschaft des Rechtsgelehrten (*wilayat-e faqih*). Dies gilt beispielsweise für die sunnitische islamistische Opposition in Saudi-Arabien, die ansonsten ausgesprochen antischiitisch ist. Nachrichten über ein mögliches gemeinsames Vorgehen schiitischer und sunnitischer Bewegungen entspringen zur Zeit aber wohl eher der Furcht westlicher Medienschaffender vor einem Zusammenprall der Kulturen. Dennoch beinhaltet die Ideologie Khomeinis starke transnationale Elemente, die als mögliche Quelle zukünftiger Probleme interpretiert werden können. Sie zielte zunächst auf den Export der islamischen Revolution in schiitische Regionen im Irak, am Persischen Golf und im Libanon ab. Die zu diesem Zweck aufgebauten Netzwerke bestehen fort. Sollte es sunnitischen islamistischen Terroristen in Zukunft gelingen effektiv mit schiitischen Gruppierungen zu kooperieren, würde sich ihre Reichweite und Effektivität nicht unwesentlich vergrößern.

Da sich die Aktivitäten der meisten islamistischen Gruppierungen nach innen richten, stellten sie keine unmittelbare Bedrohung für den Westen dar. Darüber hinaus waren die meisten Staaten der Region bislang in der Lage, militante Gruppierungen erfolgreich zu bekämpfen, auch wenn sie sie nicht beseitigen konnten. Vor allem als militante Gruppierungen 1992 in Algerien und Ägypten begannen, auf breiterer Basis als je zuvor zu revoltieren, wurde schnell deutlich, dass sie die Regime nicht würden stürzen können. Die einzelnen islamistischen Bewegungen reagierten sehr unterschiedlich auf diese Erfahrung.⁵⁹ Während viele den bewaffneten

⁵⁸ Vgl. Sivan 1990, S. 181-207.

⁵⁹ Vgl. ders. 1997.

Kampf einstellten und versuchten, sich mit dem Staat zu arrangieren, reagierten andere mit einer weiteren Brutalisierung ihrer Attacken. Gruppen wie der ägyptische *Gihad* und die *Gama'a al-Islamiya* spalteten sich. Viele gemäßigte Vordenker wie Yusuf al-Qaradawi und Rashid al-Ghanoushi forderten seit Beginn der 90er Jahre eine Rückkehr zu den eigentlichen Zielen des Islamismus, nämlich einer geistig-moralischen Erneuerung ihrer Gesellschaften und eine Abkehr von Gewalt und der Konzentration auf das Politische.⁶⁰ Diese vor allem in Ägypten verbreitete Strömung gewinnt in den letzten Jahren angesichts der Radikalisierung und exzessiven Gewaltanwendung in der Region immer mehr an Einfluss.

Wie die aktuelle Entwicklung jedoch zeigt, können auch militante Gruppen an Ansehen gewinnen, wenn sie sich (erfolgreich) gegen den Westen und Israel wenden und wenn die Reaktion des Westens den Verdacht aufkommen lässt, es ginge ihm nicht nur um Terrorbekämpfung, sondern ebenfalls um machtpolitische Interessen. Insgesamt jedoch ist zu beobachten, dass die gewaltbereiten Islamisten an Boden verlieren. Zur Zeit scheint es so, als hätten sich die Gemäßigten im Kernbereich der arabischen Welt weitgehend durchgesetzt, während militante Gruppierungen nur noch von der Peripherie (Afghanistan, Kaukasus, Somalia, Jemen, Pakistan) effektiv wirken können. Nur in Palästina haben es militante Islamisten verstanden, ihre Position innerhalb der Gesellschaft auszubauen. Dies ist auf die besonderen Umstände der israelischen Besatzung und des wirtschaftlichen Elends weiter Teile der dortigen Bevölkerung zurückzuführen. Da es Islamisten bis auf wenige Ausnahmen (Iran, Sudan, Afghanistan) bisher nicht gelungen ist, die Macht zu übernehmen, sprachen Beobachter wie der Franzose Gilles Kepel sogar von einem Schei-

⁶⁰ Vgl. Hamzawy, Amr: Die Zeitschrift *al-manar al-jadid*. Grundzüge eines theoretischen und programmatischen Wandels in der islamistischen Denkströmung, in: Orient, Nr. 2/2000, S. 283-300.

tern des politischen Islam.⁶¹ Ihr außerordentlicher Erfolg im soziokulturellen Bereich spricht jedoch gegen diese These. So ist es ihnen in vielen Staaten gelungen, Kleiderordnungen und Verhaltenscodizes zu verändern, *Islamisierungen* der Gesetzgebung durchzusetzen und die Außenpolitik ihrer Regierungen zu beeinflussen.⁶² Es wird daher erst in einigen Jahrzehnten sichtbar werden, inwieweit der Islamismus ein bleibendes Phänomen ist.

⁶¹ Vgl. Kepel, Gilles: *Jihad. Expansion et déclin de l'islamisme*, Paris: Gallimard 2000.

⁶² Vgl. Sivan 1997.

5. Bezugspunkte antiwestlicher Positionen im Vorderen Orient

Antiamekanische und antiwestliche Positionen sind in der gesamten Region weit verbreitet. Sie werden nicht nur von Islamisten vertreten und sind schon aufgrund ihrer relativ großen Akzeptanz unter den Menschen der Region eine Ursache zukünftiger Spannungen. Darüber hinaus stellen sie jedoch das logische Bindeglied zwischen der vorwiegend nationalstaatlichen Orientierung herkömmlicher islamistischer Gruppierungen und dem transnationalen Ansatz der islamistischen Terroristen der 90er Jahre dar. Diesem Strategiewechsel lag ein abgrundtiefer Hass auf die USA zugrunde, der eine seit dem 19. Jahrhundert verbreitete antiwestliche Grundhaltung in der Region widerspiegelt und auf die Spitze treibt. Diese Positionen machten sich in den 90er Jahren an konkreten Konflikten fest, die den Prozess der Radikalisierung einiger Teile islamistischer Bewegungen förderten. Die zur Zeit wichtigsten Bezugspunkte antiwestlicher Positionen sind die Konflikte um die drei Elendsländer der arabisch-islamischen Welt: Afghanistan, Palästina und der Irak. In allen drei Fällen spielen die USA eine herausragende Rolle, so dass sie schnell zum Verantwortlichen für die Probleme einer ganzen Region erklärt und dadurch zum Ziel islamistischer Terroristen wurden.⁶³

5.1. Die Zusammenarbeit mit dem Westen

Einer der wichtigsten Kritikpunkte an den USA ist deren Unterstützung für undemokratische Regime in der Region. Das westliche Drängen auf Ein-

⁶³Vgl. Hottinger, Arnold: Islam – Eine Religion der Gewalttätigkeit?, in: NZZ vom 15. September 2001.

haltung der Menschenrechte und auf Demokratie wird vor diesem Hintergrund als Heuchelei betrachtet.⁶⁴ Das Beispiel des Staatsstreiches in Algerien 1991/1992 gilt hierbei als besonders abschreckendes Beispiel westlicher Politik.⁶⁵ Damals zeichnete sich für die Islamische Heilsfront (FIS) schon im ersten von zwei notwendigen Wahlgängen zum algerischen Parlament eine Mehrheit ab. Anstatt den Islamisten die Übernahme der Macht zu gestatten, putschte die Armee im Januar 1992 und zwang den reformorientierten Präsidenten Chadli Benjedid zum Rücktritt. Unter Kriegsrecht wurden Tausende von Islamisten inhaftiert und viele getötet während andere in den Untergrund gingen. Die Folge war ein Bürgerkrieg, der von beiden Seiten mit brutaler Gewalt geführt wurde. Islamistische Gruppierungen wie die Groupes Islamiques Armées (GIA) beschränkten sich nicht darauf Angehörige der Sicherheitskräfte und sonstige Staatsbeamte anzugreifen, sondern töteten auch gegnerische Intellektuelle, säkular orientierte Algerier und unbeteiligte Zivilisten. Die Europäische Union, geführt von der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich, stellte sich auf die Seite der algerischen Armee. Nach Ansicht vieler Araber und Muslime hat Europa damit zum wiederholten Male deutlich gemacht, dass das Bekenntnis zu Demokratie und Menschenrechten nicht gilt, wenn europäische Interessen – in diesem Fall die Stabilität des südlichen Mittelmeers – gefährdet scheinen. Tatsächlich war die Angst säkularer Eliten, Staatsführungen und ihrer jeweiligen Verbündeten groß, die Islamisten könnten nach dem Wahlsieg die Macht vollkommen an sich reißen. In islamistischen Kreisen verloren moderate Elemente nicht nur in Algerien in der Folgezeit an Einfluss und militante Kräfte in der Region erstarkten. Zu deutlich wurde vielen, dass ihre Strategie, über Wahlen, Sozial- und Erziehungsprogramme an die Macht zu gelangen, nur in den

⁶⁴Etwas vorsichtiger formuliert dies Graham Fuller in: Berliner Zeitung vom 6. Oktober 2001.

seltensten Fällen erfolgreich sein würde. Die Bedeutung der algerischen Erfahrung für die militanten Islamisten ist deshalb kaum zu überschätzen.

5.2. Der Nahostkonflikt

Die besondere Bedeutung des Nahostkonflikts für die islamistischen Bewegungen lässt sich schon allein daraus ableiten, dass der islamistische Terrorismus im Anschluss an die arabische Niederlage von 1967 entstand. Islamistische Gruppierungen begannen schnell, sich als Vorkämpfer der Muslime gegen den Erzfeind zu präsentieren. Israel wird in der arabischen und islamisch geprägten Welt als Ableger des Westens gesehen, als ein Relikt der Epoche des Kolonialismus. Die Geschichte seit der Balfour-Deklaration 1917 (als die britische Regierung den Zionisten die Errichtung einer jüdischen Heimstätte in Palästina zusagte) wird unter Arabern und Muslimen immer noch mit Empörung diskutiert, und die jüdische Einwanderung nach Palästina ab der Zwischenkriegszeit als kolonialistisch-imperialistisches Projekt interpretiert, meist mit dem Hinweis, dass es sich bei Israel um einen westlichen Brückenkopf im Vorderen Orient handele.

Seitdem die USA in den 60er Jahren zum Hauptverbündeten Israels wurden, intensivierte sich auch die Debatte über die amerikanische Rolle im Nahostkonflikt. Auch hier wirkt das Jahr 1967 als Epochendatum. Während die Existenz Israels in den Grenzen von 1967 für viele Araber und Muslime akzeptabel sein könnte, veränderte die Besetzung ausschließlich von Arabern bewohnter Gebiete und Ostjerusalems die Ausgangslage. Israel wurde nach Ansicht der Araber nun vollends zum Ag-

⁶⁵Zu den Ereignissen vgl. von Sivers, Peter: Islamic Salvation Front, in: Esposito, John L.: (Hrsg.): The Oxford Encyclopedia of the Modern Islamic World, Bd. 2, New York/Oxford 1995, S. 315f.

gressor und seine Politik gegenüber den Palästinensern der besetzten Gebiete zu einem der wichtigsten Themen in der arabisch-muslimischen Öffentlichkeit. Vor allem die Islamisten gewannen Unterstützung durch ihre Behauptung, bisherige Regime seien in ihrem Kampf gegen Israel gescheitert, insbesondere nach dem ägyptisch-israelischen Friedensschluss von Camp David im Jahre 1979. Immer mehr gerieten die USA nach Ansicht der Bewohner der Region in die Rolle des Beschützers Israels, der eine gerechte Regelung verhinderte.

Der Zweite Golfkrieg erwies sich dann als erneuter Einschnitt für den Nahostkonflikt. Es war dem irakischen Diktator Saddam Hussain durch seine Forderung nach einer Lösung des Palästinaproblems in Verbindung mit Verhandlungen über einen Rückzug aus Kuwait gelungen, viele Araber und besonders Palästinenser auf seine Seite zu ziehen. So hatte er den USA verdeutlicht, wie sehr der ungelöste Konflikt die amerikanische Position in der Region gefährdete. Auch die arabischen Verbündeten der USA wiesen darauf hin, dass eine Revision der amerikanischen Politik notwendig sei. Deshalb versprach der damalige Präsident Bush die Einberufung einer Friedenskonferenz, die 1991 tatsächlich in Madrid stattfand.⁶⁶ In der Folgezeit einigten sich die Konfliktparteien 1993 im sogenannten Osloer Abkommen. Unter Ausklammerung strittiger Detailfragen (palästinensischer Staat, Ostjerusalem, Wasser, Siedlungen, Flüchtlinge von 1948) anerkannte die PLO das Existenzrecht Israels und Israel im Gegenzug die PLO als alleinige Vertreterin des palästinensischen Volkes. Zudem einigten sich beide Seiten auf einen Zeitplan, der für das Jahr 1999 die Verabschiedung einer endgültigen Regelung vorsah. Nachdem dieser Termin verstrichen war, verschlechterten sich die beiderseitigen Beziehungen bis zum Jahr 2000 so sehr, dass im September 2000 ein

⁶⁶ Zum Friedensprozess allgemein vgl. Ibrahim, Ferhad/Abraham Ashkenasi (Hrsg.): Der Friedensprozess im Nahen Osten. Eine Revision, Münster: Lit 1998.

Besuch Ministerpräsident Scharons auf dem Tempelberg genügte, einen Aufstand – die sogenannte *al-Aqsa-Intifada* – zu provozieren, der bis heute anhält und bereits Hunderte Opfer gefordert hat.

In der arabisch-muslimischen Welt wird der Friedensprozess heute als Friedensdiktat aufgefasst, das nur der Stärkung der israelischen Position dient und dem sich die Palästinenser nicht mehr fügen wollen. Da sie sich wehren, so die simple Logik, werden sie umgebracht. In einem solchen Weltbild werden die Kämpfer von Hamas und Islamischem Jihad als Freiheitskämpfer betrachtet und selbst unter ansonsten gemäßigten Arabern hört man oft zustimmende Äußerungen zu Attentaten auf Zivilisten. Muslime in aller Welt kritisieren vor allem die einseitige Unterstützung der USA für die israelischen Positionen. Aufgrund dieser Ausgangslage ist es für Bin Ladin (wie 1990 für Saddam Hussain) so leicht, diese Frage in seinem Sinne zu instrumentalisieren. Viele Muslime teilen seine Auffassung, dass die amerikanische Regierung eine wirklich gerechte Regelung verhindere und deshalb die eigentlich Verantwortliche für die Misere der Palästinenser sei. Auf diesen Zusammenhang müssen zudem auch die gemäßigten Regierungen der Region eingehen, wollen sie den Befindlichkeiten ihrer jeweiligen Bevölkerungen Rechnung tragen. Auch dies steht einer Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und seinen Nachbarstaaten entgegen.

5.3. Die westliche Politik gegenüber dem Irak seit 1990/91

Nachdem irakische Truppen in der Nacht zum 2. August 1990 das Golfemirat Kuwait besetzt hatten, forderte die saudi-arabische Regierung die USA auf, zum Schutz vor einem irakischen Angriff auf die saudi-arabische Ostprovinz Truppen zu entsenden. Schon am 17. Januar 1991 be-

gann die Operation Desert Storm, in deren Verlauf eine multinationale Allianz Kuwait befreite, von einem weitergehenden Angriff auf den Irak jedoch absah. Schon während der Krise versuchten viele regionale Akteure eine amerikanische Militäraktion zu verhindern. Besonders scharf war schon damals die Kritik islamistischer Gruppierungen gegenüber dem Eingreifen der USA, obwohl das irakische Regime Islamisten im eigenen Land gnadenlos verfolgt hatte.⁶⁷ Sie kritisierten den amerikanischen Truppenaufmarsch und die Kampfhandlungen als Krieg gegen den Islam und als weiteren Schritt im Bestreben der USA, ihre Kontrolle über die gesamte Region auszudehnen. Immer wieder wiesen sie in den folgenden Jahren darauf hin, dass die USA nur dann eingriffen, wenn ihre Interessen – in diesem Falle die Sicherung der westlichen Ölversorgung – betroffen seien. Wenn aber Muslime angegriffen würden, reagierten sie nicht.

Parallel zu den Kampfhandlungen hatten die Vereinten Nationen eine Reihe von Zwangsmaßnahmen gegen den Irak verhängt.⁶⁸ Der Sicherheitsrat dehnte diese Maßnahmen in Reaktion auf die irakische Intransigenz schrittweise aus, bis sie in ein umfassendes Handels- und Waffenembargo mündeten. Dabei wurde seit 1991 ausdrücklich der Import von lebenswichtigen Medikamenten und auch von Lebensmitteln von den Sanktionen ausgenommen. Seit 1991 wies der Irak wiederholt darauf hin, dass er alle in den Sanktionsbeschlüssen genannten Auflagen erfüllt habe und forderte die Aufhebung des Embargos. Die USA und Großbritannien beharrten hingegen darauf, dass die Auflagen keineswegs er-

⁶⁷ Vgl. Baram, Amatzia: From Radicalism to Radical Pragmatism: The Shi'ite Fundamentalist Opposition Movements of Iraq, in: Piscatori, James (Hrsg.): Islamic Fundamentalisms and the Gulf Crisis, Chicago: University of Chicago Press 1991, S. 28-51.

⁶⁸ Vgl. Leitenberg, Milton/Wolfgang Mallmann: Wider den Mythos von den „tödlichen Sanktionen“ der Vereinten Nationen gegen Irak, in: Orient, Nr. 3/1998, S. 475-496.

füllt seien und dass das Embargo deshalb nicht aufgehoben werden dürfe.

Die amerikanische Politik wird seitdem immer wieder scharf kritisiert, nicht nur innerhalb der Vereinten Nationen und in der Öffentlichkeit, sondern auch von Russland, Frankreich und China, die vor allem aus wirtschaftlichen Erwägungen eine Lockerung des Embargos fordern. Wichtiger noch ist der Einwand, erst das Embargo habe es Saddam Hussain erlaubt, seine innenpolitische Position zu stabilisieren. Es habe ihm ermöglicht die militärische Infrastruktur in erstaunlicher Geschwindigkeit instand zu setzen und regimetreue Bevölkerungsteile mit allem Notwendigen zu versorgen, während mögliche Opponenten und das einfache Volk sich selbst überlassen oder gezielt dem Hunger preisgegeben worden seien. In der arabischen Welt hat sich das Thema der infolge der Sanktionen hungernden Kinder im Irak als fester Topos etabliert. Menschen in der ganzen Region leugnen oder verharmlosen die Verantwortung Saddam Hussains für die UN-Sanktionen gegen den Irak und machen allein die USA für die Misere des Landes verantwortlich. Nach dem 11. September wurden in den arabischen Medien deshalb die Zahl der Opfer in New York und Washington nicht selten gegen die Zahl der toten Irakis aufgerechnet. Hier zeigt sich, wie erfolgreich Saddam Hussains Propaganda war, wonach der Irak alle Auflagen erfüllt habe und er das Opfer einer fortgesetzten amerikanischen Aggression sei. So irrational diese Haltung vielen westlichen Beobachtern scheinen mag, so sehr weist sie doch auf die Tatsache hin, dass die USA weiten Bevölkerungsteilen – und beileibe nicht nur islamistisch gesinnten oder gar gewaltbereiten – als Wurzel aller ihrer Probleme gelten. Hiervon profitieren Personen wie Bin Ladin, die diese Themen aufgreifen. Sollten die USA im Rahmen ihres Krieges gegen den internationalen Terrorismus auch den Irak angreifen, würden sie in dieser Haltung weiter bestärkt. Zur Zeit herrscht vielfach der Eindruck vor, die USA würden die Situation benutzen, um alte Rechnungen zu begleichen und auf dem Rücken der Musli-

me unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung Macht- und Energiepolitik betreiben.

6. Die Entwicklung des islamistischen Terrorismus

Der Vordere Orient wird heute häufig als eine Region gesehen, in der Terrorismus geradezu endemisch sei. Darüber hinaus suggeriert die oft fälschlicherweise verwendete Bezeichnung *islamischer Terrorismus*, dass es eine Art organische Verbindung zwischen der Religion des Islam und dem Terrorismus islamistischer Gruppierungen gebe. Tatsächlich ist der Islam der Bezugsrahmen für die islamistischen Terroristen und ihre Ideologie die logische Fortführung historischer Vorbilder. Dennoch ist der islamistische Terrorismus heutiger Prägung, der auf ein Maximum an unbeteiligten Opfern abzielt und transnational agiert, eine neuartige Erscheinung.

6.1. Der islamistische Terrorismus der 70er und 80er Jahre

Die ersten Vorläufer des islamistischen Terrorismus finden sich in den 50er Jahren in Ägypten, als militante Kader der dortigen Muslimbruderschaft 1954 versuchten, Präsident Nasser zu ermorden. Zunächst aber blieb Terrorismus vor allem ein Instrument zur Ausschaltung von hochrangigen Regierungsangestellten und Politikern, was eher symbolische Effekte hatte und kaum auf die massive Verbreitung von Furcht und Schrecken in der breiten Bevölkerung abzielte.⁶⁹ Ein regionales Phänomen wurde er erst in den 60er und frühen 70er Jahren, als linksnationalistische palästinensische Gruppierungen vermehrt Flugzeuge entführten,

⁶⁹ So wie auch im linksradikalen Terrorismus der RAF und anderer europäischer Gruppierungen, vgl. hierzu Müller 2001, S. 5.

um Gesinnungsgenossen freizupressen und politische Ziele durchzusetzen. In den frühen 70er Jahren begannen auch die ersten islamistischen Gruppierungen – zunächst wiederum in Ägypten – Anschläge auf ägyptische Einrichtungen und Regierungsangehörige zu verüben.⁷⁰ In Anlehnung an Sayyid Qutb machten diese neuen militanten Gruppierungen den *jihad* gegen die eigene Regierung und ihre Verbündeten zur Pflicht und schwangen sich selbst zur revolutionären Avantgarde auf.⁷¹ In den 70er Jahren machte vor allem die ägyptische Gruppe *at-Takfir wa-l-Higra* Schlagzeilen, in den 80er und 90er Jahren *al-Gihad* und die *Gama'a al-Islamiya*. Höhepunkt ihrer Aktivitäten war die Ermordung des Staatspräsidenten Sadat 1981 durch Angehörige des *Gihad*. In Algerien gehörten zum militanten Flügel Teile der seit 1992 verbotenen FIS, die *Groupes Islamiques Armées* (GIA) und mittlerweile die *Groupe Salafite pour la Prédication et le Combat* (GSPC), in Jordanien, Libanon und Palästina die Islamische Befreiungspartei (arab. *Hizb at-Tahrir al-Islami*) und der Islamische Jihad (arab. *al-Jihad al-Islami*). Wie so viele Islamisten ließen sich auch die Militanten durch die islamische Revolution im Iran 1979 inspirieren. In Syrien, Ägypten und Saudi-Arabien kam es zwischen 1979 und 1982 zu gewalttätigen Unruhen und Umsturzversuchen. Nachdem die Islamisten in all diesen Konflikten gewaltsam unterdrückt worden waren, dominierte der schiitische Extremismus des Iran und der libanesischen Hizbullah die 80er Jahre.

⁷⁰ Vgl. Meiering, Gregor B. M.: Politische Dimensionen des Islams im Nahen Osten, in: Der Islam als politischer Faktor (Welt-Report. Berichte aus den Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung), S. 17f. ⁷⁰ Vgl. Krämer 1994, S. 18.

⁷¹ Vgl. Krämer 1994, S. 18.

6.2. Afghanistan und der Zweite Golfkrieg

Der Afghanistankrieg war in mehrfacher Hinsicht ein einschneidendes Ereignis für die militanten Islamisten. Dass es einer kleinen Schar von Muslimen gelang, die Supermacht UdSSR zu schlagen, steigerte das Selbstbewusstsein der Veteranen, aber auch unbeteiligter Islamisten enorm. Darüber hinaus trug der Afghanistankrieg zu einer Internationalisierung des *Jihadismus*, wie der islamistische Terrorismus jetzt häufig genannt wurde, bei. Militante Gruppierungen konnten fortan auf ausgebildete und kampferprobte Mitglieder zurückgreifen, die *arabischen Afghanen*. So wurden zunächst arabische Staatsbürger bezeichnet, die bis 1992 gemeinsam mit den afghanischen Mujahidin gegen die sowjetischen Besatzungstruppen und anschließend gegen das Regime Mohammed Najibullah kämpften.⁷² Nachdem die Mujahidin die Macht übernommen

hatten, wurde die Bezeichnung auch für die immer noch nach Afghanistan kommenden Araber (und in geringer Zahl auch militante Islamisten anderer Länder) verwandt, die sich dort in Camps für terroristische oder Guerilla-Einsätze in ihren Heimatländern ausbilden ließen.

Seit den frühen 80er Jahren waren Araber über Pakistan nach Afghanistan gekommen, um sich am Kampf gegen die Sowjetunion zu beteiligen. Sie stammten vor allem aus Saudi-Arabien, Ägypten, Jemen und Algerien, und viele Regime nutzten die Gelegenheit, lästige Fanatiker loszuwerden. Die meisten von ihnen wollten sich aus religiösen Gründen am Heiligen Krieg gegen die *kommunistischen Ungläubigen* beteiligen, andere kamen als Söldner. Die pakistanische Stadt Peschawar wurde ihre Einsatzbasis und Rückzugszone, wo sie auf ihre – militärisch meist

⁷² Vgl. Durán, Khalid: The Globalization of Terrorism, in: South Asia in Review, Nr. 1/2000, zit. nach www.southasia-in-review.com.

wenig bedeutenden – Einsätze vorbereitet wurden. Ihre Ausbilder waren zumeist Pakistanis, aber auch Araber und Amerikaner. Vor 1988 war ihre Zahl sehr klein, erst im letzten Jahr der sowjetischen Besatzung kam eine größere Anzahl arabischer Kämpfer nach Afghanistan. Sie setzten den Kampf bis 1992 fort. Anfang der 90er Jahre sollen sich mehr als 20.000 arabische Freiwillige in den Camps auf beiden Seiten der pakistanisch-afghanischen Grenze aufgehalten haben, andere Quellen sprechen von knapp 15.000 Arabern, die bis 1992 hier ausgebildet worden seien.⁷³

Nach 1992 kehrten viele dieser arabischen Afghanen in ihre Heimatländer zurück, wo sie nicht selten zur innenpolitischen Destabilisierung beitrugen, oder beteiligten sich als Söldner und Freiwillige an weiteren Kriegen, in denen es vermeintlich um die *islamische Sache* ging. Arabische Afghanistanveteranen waren dementsprechend an den Kampfhandlungen in Bosnien, im Kosovo, in Tschetschenien, Tadschikistan, Aserbeidschan und sogar auf den Philippinen und in Kaschmir beteiligt. Dort kämpften sie auf Seiten der muslimischen Bevölkerungsgruppen und bildeten neue Kämpfer aus. Viele schlossen sich Terrororganisationen wie *Gihad* und *Gama'a* in Ägypten oder den Groupes Islamiques Armées (GIA) in Algerien an. Sie wurden in den folgenden Jahren zu einer ernsthaften Bedrohung für die Regime in Saudi-Arabien, Jemen, Ägypten und Algerien.⁷⁴ Um dieses Reservoir zu bewahren, benötigten Organisatoren wie Usama Bin Ladin zweierlei: Kampfgebiete, in denen sie ihre erworbenen Fähigkeiten anwenden konnten und Rückzugszonen, wo sie sich der Ausbildung widmeten und ihre Organisationen sicher vor dem Zugriff der Amerikaner waren. Neben Afghanistan war dies bis zum Dayton-Ab-

⁷³ Vgl. Schweizer, Yoram/Shai, Shaul: The "Afghan Alumni" Terrorism, zit. nach www.ict.org.il.

⁷⁴ Vgl. Durán 2000.

kommen von 1995 auch Bosnien. Daneben dienten ihnen auch die Staaten Westeuropas als bevorzugter Ruhe- und Rückzugsraum.⁷⁵

Der Zweite Golfkrieg 1990/91 bewirkte dann eine weitere Radikalisierung vieler Islamisten. Das Ende des Ost-West-Konfliktes erleichterte den USA Interventionen weltweit, da sie ihren großen weltpolitischen Gegenspieler verloren hatten. So nahm tatsächlich schon in den 80er Jahren die Bereitschaft der amerikanischen Regierung zu, in außeramerikanische Konflikte zu intervenieren. Diese Entwicklung wurde von vielen Bewohnern der Region mit wachsender Besorgnis betrachtet. Viele zogen hieraus die Schlussfolgerung, dass der Westen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts den Islam als neuen Gegner identifiziert habe und militärische Interventionen als geeignetes Mittel ansehe, islamisch geprägte Länder und Regionen zu kontrollieren.⁷⁶ Infolgedessen wurde die amerikanische Rolle in den Konflikten der Region immer mehr zu einem beherrschenden Thema innermuslimischer Debatten; Verschwörungstheorien verbreiteten sich vermehrt. Die amerikanischen Aktionen gegen den Irak wurden vor allem als Angriff auf ein muslimisches (oder arabisches) Land wahrgenommen, das auf dem Weg war, eine Gegenmacht zum westlichen Einfluss in der Region zu bilden und weniger als Versuch einer Befreiung Kuwaits. Militante Islamisten machten daher verstärkt die USA als ihren eigentlichen Feind aus. Dies galt besonders für die Saudi-Araber unter ihnen, die sich erst in den 90er Jahren als wichtige Gruppierung bemerkbar machten, auch in Reaktion auf die amerikanische Präsenz in ihrem Heimatland. Hier war der Golfkrieg das auslösende Moment und damit ein Wendepunkt in der Geschichte des islamistischen Terrorismus.

⁷⁵ Vgl. Sivan 1997.

⁷⁶ Vgl. Lewis, Bernard: License to Kill, in: Foreign Affairs, Nr. 6/1998.

6.3. Die Transnationalisierung des islamistischen Terrorismus (1993-2001)

Der Aufbau transnationaler terroristischer Netzwerke in der Region ist nichts grundsätzlich Neues, wie das Beispiel Irans und seiner libanesischen Verbündeten nach 1979 zeigte. Zudem wiesen islamistische Gruppierungen immer Kontakte zu ausländischen Mächten wie Iran, Sudan, Saudi-Arabien und Libyen auf. Dennoch existierte keine *Internationale* des islamistischen Terrorismus, da widerstreitende Interessen die Handlungsfähigkeit der Akteure einschränkten. Erst nach dem Zweiten Golfkrieg bildeten sich effektive transnationale Netzwerke islamistischer Gruppierungen heraus, die damit dem weltweiten Trend zur Globalisierung folgten. Da viele Islamisten im Exil oder als Arbeitsmigranten im Westen leben, konnten sie in westlichen Städten wie London, New York und Berlin wichtige Zentren aufbauen, deren Infrastruktur nun auch von Terroristen genutzt wurde. Die Ursachen für diese Entwicklung lagen im Orient, ihre Wirkung jedoch war global und bedroht heute Ost und West.

Ab 1992 war in Ägypten und in Algerien zunächst eine beispiellose Radikalisierung (und Barbarisierung) des Kampfes zu beobachten, dem nun zahlreiche Zivilisten, darunter Frauen, Kinder und Touristen zum Opfer fielen. Vermutlich waren diese Anschläge schon das blindwütige Anrennen gegen die Erkenntnis, dass sich die jeweiligen Regime als zu starke Gegner erwiesen hatten. Viele Militante schlossen daraus, dass zunächst ein Rückzug an die Peripherie geboten sei, begannen aber gleichzeitig, neue Organisationen aufzubauen und verstärkt transnationale Kontakte zu knüpfen. Führend scheinen hier die ägyptischen Gruppierungen gewesen zu sein, wie beispielsweise der Anschlag auf das World Trade Center von 1993 zeigte, für den die USA den blinden Scheich Omar Abdarrahman, eigentlich ein Führer der *Gama'a al-Islamiya*, verantwortlich machten. Die schon seit längerer Zeit schwierigen Abgrenzungen zwi-

schen *Gihad* und *Gama'a* gingen jetzt weitgehend verloren.⁷⁷ Gleichzeitig betraten mit den saudi-arabischen Militanten neue Akteure die Bühne des islamistischen Terrorismus. Angeführt von Usama Bin Ladin und bis zu 5000 saudi-arabischen *Afghanen* sowie gestützt auf eine äußerst antiwestliche und antijüdische Basis im Lande selbst bildeten dann die Saudi-Araber das wichtigste dynamische Element im islamistischen Terrorismus der 90er Jahre. Die Afghanistan-Veteranen beteiligten sich an mehreren Attentaten, die Usama Bin Ladin zugeschrieben werden. Bin Ladin und seine Gesinnungsgenossen kümmerten sich nun auch verstärkt um den Nachwuchs. Sie bauten in den 90er Jahren gezielt bis zu zwei Dutzend Ausbildungscamps für Terroristen auf, in denen sie jedes Jahr eine vierstellige Zahl an militanten Islamisten aus der arabischen Welt ausbildeten, die meisten wiederum Saudi-Araber, Ägypter, Jemeniten und Algerier, aber auch Tschetschenen, Uiguren aus China und Pakistanis. Viele von ihnen wurden zudem an der Front gegen die Nordallianz im Kampf erprobt. Nachdem die USA bereits nach den Anschlägen vom August 1998 in Nairobi und Daressalam fünf der Lager zerstörten, sind die restlichen im Herbst 2001 beseitigt worden.

Usama Bin Ladins Terror-Netzwerk *al-Qa'ida* erhielt dann seine vorläufige Gestalt in der zweiten Hälfte der 90er Jahre. Es wird angenommen, dass Aiman az-Zawahiri Anfang der 90er Jahre eine stark verjüngte Organisation der ägyptischen *Gihad*-Gruppe ins Leben gerufen hatte, möglicherweise schon in Kooperation mit Bin Ladin. 1997 schloss er sich diesem in Afghanistan an und begründete das Bündnis zwischen Bin Ladins *Qa'ida*, dem *Gihad* und Teilen der *Gama'a al-Islamiya*. Zawahiri wurde gleichzeitig zu dem Vordenker des Strategiewechsels hin zu einer Internationalisierung sowohl der Organisation als auch der Anschläge. Program-

⁷⁷ Teile des Gihad nannten sich in den 90er Jahren auch *Avantgarde der Eroberung (Tala'it al-Fath)*, was eine Unterscheidung zusätzlich erschwert. Vgl. hierzu Karawan 1997, S. 74.

matische Grundlage des Strategiewechsels war der bereits genannte Aufruf der *Islamischen Weltfront für den Jihad gegen Juden und Kreuzzügler* aus dem Jahre 1998. Einige Mitglieder des *Gihad* kritisierten diesen Schritt und die damit verbundene Internationalisierung der Ziele, so dass sich die Gruppe spaltete. Obwohl Zawahiri jetzt weniger Gefolgsleute hatte, minderte dies nicht die Effektivität seiner Organisation. Dies lag vermutlich daran, dass er durch den Zusammenschluss mit der Gruppe Bin Ladins über sehr viel mehr Geld als früher und auch über die Infrastruktur der afghanischen Camps verfügte. Zudem kontrollierte er ein immer noch weit gespanntes Netzwerk von Gefolgsleuten in der ganzen Welt, von denen viele Erfahrungen im Kampf gegen die ägyptische Regierung gesammelt hatten. Mohammed Atta beispielsweise, vermutlich der führende Attentäter des 11. September, gilt als Mitglied des *Gihad*. Vereinfacht gesagt, hatten sich in der Gruppierung *al-Qa'ida* ägyptisches Personal und Know-how im terroristischen Kampf sowie saudi-arabische Finanzierung zu einer effektiven Synthese vereinigt. Gemeinsam konzentrierte sich die neue Organisation auf amerikanische Ziele und einigte sich auf eine gemeinsame Taktik, die auf den Tod möglichst vieler Menschen abzielte. So gelten Bin Ladin und Zawahiri als die Drahtzieher der Anschläge auf die amerikanischen Botschaften in Daressalam und Nairobi im August 1998.

Die Orientierung des Kampfes auf die USA hin ergab sich aus der Notwendigkeit, ein gemeinsames Ziel zu finden. Sowohl Zawahiri als auch Bin Ladin ging es weiterhin vorwiegend darum, die Regime in Ägypten bzw. Saudi-Arabien zu stürzen. Deshalb wandten sie sich gegen die USA, deren wichtigsten Verbündeten. Bin Ladin hatte die USA schon länger als die eigentlich Verantwortlichen für das Überleben der saudischen Herrscherfamilie ausgemacht, wie seine öffentlichen Verlautbarungen verdeutlichen. Würden sich die USA aus Saudi-Arabien und Ägypten zurückziehen, so seine Schlussfolgerung, wäre es um einiges leichter, die dortigen Regime zu stürzen. Dies aber war nur möglich, indem sie die

USA durch Terroranschläge davon überzeugten, dass das fortgesetzte Engagement in der Region mit enormen Opfern verbunden sein würde. Diesem Zweck dienten die Anschläge des 11. September.

7. Perspektiven

Der islamistische Terrorismus wird mittel- bis langfristig ein erhebliches Problem der Weltpolitik bleiben. Zwar ist die Beobachtung korrekt, dass viele militante Bewegungen mangels Durchschlagskraft in den islamischen Kernstaaten an Rückhalt verloren und sich an die Peripherie der islamischen Welt zurückgezogen haben. Dennoch bleibt ihr politischer, wirtschaftlicher und religiöser Nährboden in den meisten islamisch geprägten Staaten bestehen. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass die Wahrnehmung einer tiefgreifenden und umfassenden Krise im Vorderen Orient und auch darüber hinaus sich in den nächsten Jahren abschwächen wird. Im Gegenteil, die wirtschaftliche Lage einiger Länder wird sich voraussichtlich noch verschlechtern. Islamistisches Gedankengut hat nichts von seiner Anziehungskraft verloren und wird auch in näherer Zukunft die religiös-politischen Debatten in der Region bestimmen. Hier bieten sich außer einer Intensivierung des Dialogs kaum Handlungsoptionen. Wegweisend ist indes die Beobachtung, dass islamistische Bewegungen nur dann mehrheitsfähig werden, wenn ökonomische Krisen zu einer Verelendung weiter Bevölkerungsteile führen. Deshalb ist es eine der dringlichsten Aufgaben westlicher Politik in den nächsten Jahrzehnten, die Entstehung von Elendszonen wie in den besetzten und selbstverwalteten Gebieten Palästinas, in Afghanistan und im Irak zu verhindern und zu einer Beilegung der gegenwärtigen Konflikte beizutragen. Denn nur so kann antiwestlichen Positionen ihre Grundlage entzogen werden.

Dennoch gibt die Entwicklung der Region insgesamt wenig Anlass zum Optimismus. In einigen besonders gebeutelten Staaten könnten schwere innenpolitische Krisen zum Sturz der jeweiligen Regierungen und zur Machtübernahme durch islamistische Bewegungen führen. Auf jeden Fall werden die zunehmenden wirtschaftlichen und demografischen Probleme

in vielen Teilen des islamisch geprägten Raumes Konflikte verursachen, deren Ausmaß und Folgen heute noch nicht abzusehen sind. Religiöse Faktoren werden hierbei weiterhin eine wichtige Rolle spielen. Will man dem Islamismus seine Grundlage entziehen, ist eine vollständige politische und wirtschaftliche Umgestaltung der Staaten vor allem des Vorderen Orients notwendig. Zumindest mittelfristig ist ein solcher Umgestaltungsprozess nicht realistisch, so dass der Islamismus weiterhin eines der wichtigsten Themen der internationalen Politik bleiben wird.

Transnationale islamistische Terrornetzwerke wie das von *al-Qa'ida* werden es hingegen in Zukunft schwerer haben, effektiv zu agieren. Der weltweite Gegenschlag der USA und ihrer Verbündeten erhöht den Druck auf militante Islamisten und wird eine transnationale Koordinierung von Terrorakten künftig erschweren. Auch mutmaßliche staatliche Sponsoren von Terrorgruppen werden sehr vorsichtig vorgehen, um nicht den Zorn Washingtons auf sich zu ziehen. Insofern ist die militärisch-polizeiliche Kampagne ein Erfolg. Dennoch bezahlen die USA einen hohen politischen Preis für ihr Vorgehen: Die Wahrnehmung vieler Muslime, einem breit angelegten Angriff des Westens ausgesetzt zu sein, wird durch das amerikanische Eingreifen in Afghanistan und evtl. künftig auch andernorts noch verstärkt. Deshalb wird der Nährboden für antiamerikanische Aktionen bestehen bleiben. Vor dem Hintergrund der schlechten Entwicklungschancen der Region erscheint deshalb auch ein Fortleben des islamistischen Terrorismus wahrscheinlich. Nur werden sich die Anschläge aus praktischen Erwägungen auf einem niedrigeren Niveau bewegen als die des 11. September. Künftigen islamistischen Terroristen wird es außerdem nur mit Mühe gelingen, Rückzugs- und Ruhezone zu finden und die Organisation und Finanzierung von Attentaten wird vorerst erschwert. Deshalb werden sie sich in kleineren Anschlägen wahrscheinlich naheliegenderen Zielen zuwenden und die Zahl der Opfer wird zunächst geringer sein als in den USA. Solange ihnen der Nährboden in den islamisch geprägten Staaten des Vorderen Orients und den muslimischen Gemeinden

der Diaspora nicht entzogen wird, ist mit einem generellen Rückgang der Relevanz des islamistischen Terrorismus aber nicht zu rechnen.

Der Autor

Guido Steinberg, Dr. des., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Islamwissenschaft, Freie Universität Berlin.

5.2.	Der Nahostkonflikt	39
5.3.	Die westliche Politik gegenüber dem Irak seit 1990/91	41
6.	Die Entwicklung des islamistischen Terrorismus	45
6.1.	Der islamistische Terrorismus der 70er und 80er Jahre	45
6.2.	Afghanistan und der Zweite Golfkrieg	47
6.3.	Die Transnationalisierung des islamistischen Terrorismus (1993-2001)	50
7.	Perspektiven	54
	Der Autor	57

Download-Publikation

Der Text dieser Datei ist identisch mit der Druckversion der Veröffentlichung. Die Titelseite der Printausgabe beträgt 4 Seiten und wurde in der digitalen Version auf einer Seite zusammengefasst.